

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **F. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **M. 1,50.**

Inhalt:

	Seite		Seite
Gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen . . .	545	Halb der Verbände der Lederindustrie. —	
Gesetzgebung und Verwaltung. Gesetzgebung und Gewerkschaften in Amerika . . .	547	Aus den deutschen Gewerkschaften . . .	548
Statistik und Volkswirtschaft. Berufsstatistik der Kynographen des deutschen Sprachgebiets . . .	547	Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen. — Die Achtstundenbewegung in Frankreich . . .	551
Arbeiterbewegung. Die Wahlen der Arbeitervertreter zum Reichsversicherungsamt. — Zur Geschichte der Verschmelzung inner-		Audere Organisationen. Der Sechste Kongress der christlichen Gewerkschaften zu Breslau (I) . . .	555
		Mitteilungen. In eigener Sache. — Arbeiterssekretär gesucht. — Mitteilung der Generalkommission über Quartalsbeiträge, sowie über eingegangene Unterstützungsgelder . . .	559

Gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen!

Die seit Jahren in Scharfmachertreisen propagierten Deklame gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen scheinen nunmehr auch in Regierungskreisen festerer Gestalt anzunehmen. Die Erklärungen des Reichskanzlers v. Bülow am 26. Mai v. J. im preußischen Abgeordnetenhaus, daß die Sozialdemokratie es leider verstanden habe, diese sozialpolitischen Organisationen zum Schaden ihrer sozialen Bedeutung für Parteizwecke auszubehüten, und sieben Tage später im Herrenhaus, daß dies zum Nachteil der Krankenkassen geschehen sei, und daß sich hier Zustände entwickelt hätten, die dringend der Remedur bedürften, — enthielten bereits ein gewisses Programm der Regierung, das den Weg künftiger Krankenversicherungsreformen zur Genüge andeutete. Auch die „große sozialpolitische“ Rede Posadowsky in der letzten Reichstagsession über das Werk der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung gab einen Fingerzeig in der gleichen Richtung. Der Staatssekretär sprach davon, daß ein solches Werk nicht ohne Verzicht von rechts und links durchgeführt werden könne. Diese offiziellen Kundgebungen scheinen den Eifer der Regierungsgeheimräte angespornt zu haben, denn vor kurzem berichtete die bürgerliche Presse, daß mit der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung zunächst auf dem Gebiete der Krankenkassen der Anfang gemacht werden solle. Es solle vorerst mit den gefährlichsten Uebelständen auf diesem Gebiete aufgeräumt werden, um dadurch eine Grundlage zu schaffen für den Aufbau der beiden anderen Versicherungsweige.

Wenn eine Reform der Arbeiterversicherung mit der Umgestaltung der Krankenversicherung beginnen soll, so ist damit schon das Urteil über die ganze Reform gesprochen. Nicht etwa, daß die Krankenversicherung durchaus vollkommen wäre und gar keiner Reformen bedürfte; — ein Blick auf die Zersplitterung des Krankenwesens zeigt vielmehr, wie

dringend eine organische Umgestaltung der Krankenkassen notwendig ist. Aber allen bisherigen Reformplänen der Regierung auf diesem Gebiete war es weniger um die Verschmelzung der Krankenkassen, sondern vielmehr um die Beseitigung der Selbstverwaltung der letzteren zu tun. Seit der Hoffmannschen Denkschrift vom Jahre 1900 hat die Regierung zäh an diesem Gedanken festgehalten und lieber auf jeden weiteren Schritt der Vereinheitlichung verzichtet, als auf ihre reaktionären Absichten. Es war daher zu erwarten, daß der Weg zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung, sobald er von der Seite der Krankenversicherung her in Angriff genommen werde, über die Selbstverwaltung der Krankenkassen gehen werde, und diese Erwartung ist nicht getäuscht worden.

Nach den Mitteilungen der Presse sollen zunächst die örtlichen Kassen zu solchen größerer Verwaltungsbezirke verschmolzen werden. Ob davon auch die Betriebs- und Innungskassen betroffen werden sollen, darüber verlautet nichts. Dann will man den Arbeitern einen Teil der Kassenbeiträge ersparen, indem die letzteren nicht mehr zu $\frac{2}{3}$ von den Arbeitern und zu $\frac{1}{3}$ von den Unternehmern aufgebracht, sondern je zur Hälfte von beiden Teilen getragen werden sollen. Das sei notwendig, um eine gleiche Grundlage mit der Invalidenversicherung zu schaffen. Für die Unternehmer ergäbe dies zwar eine höhere Belastung von etwa 37 Millionen Mark jährlich, die sie ungern zahlen würden; ohne die Halbierung der Beiträge sei aber eine gleichstarke Vertretung von Unternehmern und Arbeitern in der Verwaltung nicht möglich. Hätten die Unternehmer den gleichen Einfluß wie die Arbeiter, so seien sie imstande, darauf zu halten, daß die Kassen nicht „als Versorgungsanstalten für sozialdemokratische Agitatoren“ dienen, sondern ausschließlich dem Wohl der versicherten Arbeiter. Also eine Beschränkung des Einflusses der Arbeiter in den Krankenkassen ist der Regierung der einzig mögliche Weg zur Vereinheit-

jenen gestattet ist, die mindestens 20 Pfd. Sterl. besitzen oder sich vor der Landung einen Posten gesichert haben. — Die Gewerkschaftsorganisation macht langsame Fortschritte. Die Gewerkschaftskartelle entfalten eine Agitation zugunsten der Schutzollpolitik, da man von hohen Einfuhrzöllen eine raschere Entwicklung der heimischen Industrie erwartet. — Die Straßenbahnbediensteten in Kapstadt haben sich dem vor einigen Monaten gegründeten allgemeinen Gewerkschaftsverein (General Workers Union) nahezu vollzählig angeschlossen; sie bereiten nun eine Lohnbewegung vor. Die Cigarettenarbeiterinnen in derselben Stadt haben einen Streik gegen die Beschäftigung von Chinesen erfolgreich beendet; alle bedeutenderen Cigarettenfabrikanten fanden sich zu einem Tarifvertrag mit der Organisation der Arbeiterinnen bereit. Die malayischen Schneider von Kapstadt gründeten eine Gewerkschaft und werden künftig mit dem Verband der europäischen Schneider gemeinsam vorgehen. — Die sozialdemokratische Partei besitzt bereits in allen bedeutenden Orten Mitgliedschaften; sie gibt in Kapstadt und in Urban eigene Blätter heraus, davon das in Kapstadt in englischer und holländischer Sprache. Am schwierigsten gestaltet sich die gewerkschaftliche wie die politische Agitation in den früheren Voerenstaaten, wo die Unternehmer alle Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Händen haben und der Fortschritt durch die nationalen Gegensätze gehindert wird.

S. F.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

Die Aussperrung der Buchbinder ist in der letzten Woche beendet. Verhandlungen, die erneut in Leipzig stattgefunden, haben zu einer Einigung geführt, die von den Ausgesperrten akzeptiert wurde. Bei der Wiedereinstellung der Ausgesperrten suchen jedoch einzelne Unternehmer die Arbeiter zu schikanieren; sie wollen anscheinend eine Auslese halten. Dies Verhalten der Unternehmer gefährdet den soeben abgeschlossenen Frieden und sie mögen sich das überlegen, ob sie die Verantwortung für eine Fortsetzung des Kampfes tragen wollen. Auf das Resultat des Kampfes kommen wir noch zurück.

Der Streik der Textilarbeiter in Bramsche ist nunmehr nach 22wöchiger Dauer mit Erfolg beendet worden. Die Zugeständnisse der Unternehmer bewegen sich zwischen 2½—25 Proz. Lohnerhöhung.

In Lambrecht sind am 18. Juli die Textilarbeiter ausgesperrt. Durch die Einführung einer neuen Berechnungsmethode versuchten die Unternehmer eine Lohnkürzung von etwa 10 Proz. Die Arbeiter forderten einen Ausgleich, um auf die alte Lohnhöhe zu kommen, und zwar sollte ein solcher durch eine Erhöhung des Stücklohnes um 10 Proz. herbeigeführt werden. Die Unternehmer aber wollten kaum 5 Proz. Erhöhung zugestehen, und als die Arbeiter auf ihre Forderung beharrten, erfolgte prompt die Aussperrung.

Mitteilungen.

Betreffend Adressenverzeichnis.

Ende August wird das Adressenverzeichnis der Centralverbände, Agitationskommissionen, Arbeitersekretariate und der Gewerkschaftskartelle im „Correspondenzblatt“ zur Veröffentlichung gelangen. Wir

erzählen die Vorstände dieser Corporationen, uns bis spätestens 20. August von inzwischen eingetretenen Adressenänderungen, sowie solche, die für den 1. Oktober in Aussicht stehen, in Kenntnis zu setzen. Adressenänderungen, die erst nach dem 20. August mitgeteilt werden, können erst im Februar 1907 veröffentlicht werden.

Die Generalkommission.

Berlin SO. 16, Engelshufer 15.

Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Abrechnung pro 2. Quartal 1906.

Einnahme.

Kassenbestand vom 1. Quartal 1906	176,91 Mk.
3895 Mitglieder-Beiträge	22 170,— "
Zinsen	1 831,— "
Von J. A.	6,— "
Summa	24 183,91 Mk.

Ausgabe.

Zurückgezahlte Beiträge	180,— Mk.
Sterbegeld an Frau Leibig	200,— "
" " " Meister	200,— "
" " " Hoch	200,— "
Witwenunterstützung	2 816,75 "
Drucksachen und Schreibmaterialien	4,70 "
Neue Mitgliedsbücher	97,— "
Porto	60,— "
Kassierer	150,— "
Deutsche Bank	20 000,— "
Kassenbestand	275,46 "
Summa	24 183,91 Mk.

Vermögensübersicht.

Auf der Bank	208 653,05 Mk.
Kassenbestand	275,46 "
Summa	208 928,51 Mk.

Revidiert, Bücher und Belege für richtig befunden.
Die Revisoren: Franz Stahl, Gustav Reinke.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Dresden:	Wolf, Oskar, Angestellter d. Fabrik- Land- u. Hilfsarbeiter-Verbandes.
Düsseldorf:	Burgdorf, Heinrich, Angestellter des Verbandes der baugewerb- l. Hilfsarbeiter.
"	Rein, Robert, Angestellter des Tapezierer-Verbandes.
Erfurt:	Dornheim, Robert, Redakteur.
Hannover:	Biewig, Paul, Angestellter des Steindrucker-Verbandes.
Karlsruhe:	Kolb, Wilhelm, Redakteur.
"	Schwerdt, Gottlob, Angestellter des Glaserverbandes.
"	Schwall, August, Angestellter des süddeutschen Eisenbahner-Verband.
Kassel:	Folge, Oskar, Parteisekretär.
Kattowiz:	Nieczkowski, Stanislaw, Re- dakteur.
"	Caspari, Emil, Redakteur.
Leipzig:	Sauer, Johannes, Buchhalter.
"	Weise, Hermann, Parteiangestellter.
München:	Englbrecht, Johann, Angestellter des Zimmerer-Verbandes.
Strasbourg:	Braun, Hugo, Angestellter des Steinarbeiter-Verbandes.
Werdau:	Zimmer, Peter, Angestellter des Bergarbeiter-Verbandes.]

ständig haben, obwohl unter den Arbeitgebern keine Sozialdemokraten sind, daß beide Teile im besten Einvernehmen stehen und vorzüglich zusammen arbeiten, um die große soziale Aufgabe voll und ganz zu erfüllen; daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes stets eifrige und verständnisvolle Mitarbeiter waren, ohne je zu versuchen, ihre Stellung zu den Zwecken ihrer Partei zu mißbrauchen; daß kein Versuch gemacht worden ist, die Politik in die Kasse zu tragen usw.

Die geschäftsführende Kasse zu Dresden hat die sämtlichen eingegangenen Fragebogen von einem nichtsozialdemokratischen Beamten bearbeiten lassen und das gesamte Material dem Reichskanzleramt zur Einsichtnahme angeboten, ihm auf dessen Wunsch überjendet und wird dasselbe nach Rückempfang im Reichstage auslegen lassen.

Das mutige Vorgehen des Centralverbandes verdient alle Anerkennung und der Erfolg seiner Umfrage dürfte in der Tat geeignet sein, den Verleumdern des angeblichen „sozialdemokratischen Rassenmißbrauchs“ gründlich den Mund zu stopfen. Denn was war dieses Ergebnis? Es bestand lediglich darin, daß bei fünf Rassen die Arbeitgeber über die Vergütung von Drudarbeiten an sozialdemokratische Firmen klagten. Als ob nicht auch diese sozialdemokratischen Firmen für ihre Arbeiter Beiträge an die Kasse zahlten! Daß diese Firmen die Kasse ausgebeutet hätten, oder daß sie ihre Existenz von diesen Aufträgen abhängig wäre, behaupten selbst diese Gegner nicht!

Eine glänzendere Rechtfertigung der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen wäre kaum möglich, und es ist besonders bedeutsam, daß diese Angaben lediglich von Arbeitgebervertretern herrühren, also von wirtschaftlichen Gegnern unserer Gewerkschaften, gegen deren Vertreter sich vor allem der Ansturm der Reaktionären richtet. Damit vergleiche man die systematischen Wühlereien des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und die Hezereien gewisser Ärztekreise unter Führung eines Mugdan, und jeder ehrliche Beurteiler muß zugeben, daß die Selbstverwaltung der Krankenkassen, für welche allerdings die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften mit aller Kraft eintreten, sich durchaus bewährt hat.

Die Arbeiterschaft, die sowohl der politischen als auch der bürokratischen Bevormundung längst enttaten ist und es als eine Beleidigung empfindet, in der selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten beeinträchtigt zu werden, wird den Plänen der Reaktionäre das wohlverdiente Ende bereiten!

Gesetzgebung und Verwaltung.

Gesetzgebung und Gewerkschaften in Amerika.
Im Staat New York ist ein Zusatz zur Verfassung dem Volke angenommen worden, der dahin geht, daß Gesetze, welche auf die Hebung der Lage der Arbeiter abzielen, statthaft sind; hierdurch ist es den Gerichtshöfen nicht mehr möglich, derartige Gesetze wie bisher als verfassungswidrig zu erklären und zu nichte zu machen. Die Gewerkschaften begnügen sich nicht mit diesem Erfolg; so hat z. B. das New Yorker Gewerkschaftsstatell jüngst einen Fünferauschuß eingesetzt, um unter Beihilfe von Juristen Arbeitergesetze zur Vorlage an die Staatslegislatur auszuarbeiten. Das Organ des Maurerverbandes, „The Bricklayer and Mason“, bemerkt hierzu: Wenn die Amerikaner bisher damit zufrieden waren, die Macht ihrer Organisation nur geltend zu machen, insofern

ihre Verhältnis zum Arbeitgeber in Betracht kam, so liegen gegenwärtig aber alle Anzeichen dafür vor, daß sie dem Beispiel ihrer Brüder in England folgen und sich auch bei Wahlen fühlbar machen. New York ist aber nicht der einzige Staat, in welchem die Gewerkschaftler zur Erkenntnis gelangen, daß sie sich an die Wahlurne wenden müssen, um die gegen sie ins Feld geführten Streitkräfte des Kapitalismus zu bekämpfen. Die organisierten Arbeiter in Californien haben längst die Notwendigkeit eines einheitlichen Zusammengehens nach jener Seite hin erkannt; sie bekämpften mit Erfolg das Anti-Bohottgesetz und es gelang ihnen bei den letzten Municipalwahlen in San Francisco, die Liste der Arbeiterkandidaten durchzubringen. Die Fortschritte in den beiden Staaten werden beitragen — schreibt das genannte Blatt — die Arbeiter im ganzen Lande zur Einsicht zu bringen, daß kein Grund vorliegt, um die Wahl der Gesetzgeber und Verwaltungsbeamten den Klassen zu überlassen, deren Interessen den ihrigen entgegengesetzt sind.

Bhlg.

Statistik und Volkswirtschaft.

Berufsstatistik der Xylographen des deutschen Sprachgebietes.

Gleich wie in den Jahren 1897 und 1901 hat auch jetzt — wie es ein Beschluß des Berliner Kongresses von 1896 bestimmt — nach vier Jahren wieder der Deutsche Xylographen-Verein eine Berufsstatistik veranstaltet, deren Ergebnis nun vorliegt. Da ich über die beiden ersten Statistiken in diesem Blatte schon berichtet habe, so wird wohl auch diese letzte Statistik, welche den Zeitabschnitt vom 1. Oktober 1904 bis 31. September 1905 umfaßt, Interesse erwecken. Die Erhebungen fanden mittels Fragekarten statt, genau nach den Grundsätzen, die bei den vorhergehenden Statistiken gehandhabt wurden. Nur die Frage nach dem Arbeitgeber wurde fallen gelassen, um eine größere Beteiligung zu erzielen. Die letztere blieb aber trotzdem aus. So muß z. B. von dem Hauptsitz der heutigen Xylographie, Berlin, leider gesagt werden, daß hier nur ca. 50 Proz. der Berufsangehörigen sich beteiligte. In anderen Städten ist ja das Verhältnis ein günstigeres — aber immerhin wäre eine allgemeinere Beteiligung zu wünschen gewesen; gerade diesmal um so mehr, da im Berufe Arbeitsgebiets-Verschiebungen und Uebertritte zu anderen Berufen stattgefunden hatten, deren genaues Bild durch eine alle Berufsangehörige umfassende Statistik klargelegt worden wäre. Daß das Arbeitsfeld der Xylographie für Zeitschriften-Illustrationen und Kunstzwecke sich verkleinert, dagegen das für industrielle-technische Abbildungen zugenommen, war eine offene Tatsache, die ja auch schon hier in meinem Braunschweiger Kongressbericht, Oktober 1898, hervorgehoben wurde. Durch die nicht genügende Beteiligung ist gerade dieser für den Beruf eminent wichtige Vorgang nicht ordentlich klar gestellt worden. Hier einmal ein wirklich genaues Bild zu erhalten, wäre bei der Eigenart des Berufes und seiner gegenwärtigen Lage sehr erwünscht gewesen. Hoffen wir, daß die nächste Statistik bei besserer Beteiligung hier den gewünschten Aufschluß zu geben vermag.

Man schätzt die Xylographie im deutschen Sprachgebiet auf ca. 1000 Berufsangehörige. Der mit der Ausarbeitung der Statistik betrauten Kommission standen von den verschickten Fragekarten 636 brauchbare zur Verfügung. Von deutschen Orten

lichung der Arbeiterversicherung. Die reine Selbstverwaltung der Unternehmer in den Unfallberufsgenossenschaften, die bürokratische Verwaltung in den Invaliden-Versicherungsanstalten bleiben unangefastet, — die Selbstverwaltung der Arbeiter allein war der Regierung bei ihren Reformplänen im Wege. Das bejagt genug über die Art dieser Reformpläne!

Aber damit begnügt sich die Regierung diesmal nicht. Die Krankenkassen sollen auch noch verbürokratisiert werden. Deshalb soll der Vorsitzende eine „gebildete, wissenschaftlich geschulte und praktisch erfahrene Persönlichkeit sein, deren Wahl den Parteien entrückt und den kommunalen und Kreisbehörden übertragen werden soll. Derselbe soll festangestellt werden und tatsächlich die Verwaltung der Kasse führen. Damit ist die bürokratische Kassenleitung glücklich etabliert und es bleibt bloß noch übrig, den spezifisch „sozialdemokratischen“ Einfluß auf die Kasse zu dezimieren. Das soll durch Einführung des „gerechtesten aller Wahlssysteme“, des Proportionalsystems geschehen, das auch den Minderheiten eine Vertretung gewährleistet. Eine solchergehalt revidierte Verwaltung mit dem ausschlaggebenden Einfluß des bürokratischen Vorsitzenden wäre dann berufen, alle Streitfragen, wie die Anstellung von Beamten und Ärzten, in befriedigendster Weise zu lösen!

Es ist selbstverständlich, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft diese Pläne der Regierung bis aufs äußerste bekämpfen und für ihre bedrohten Selbstverwaltungsrechte eintreten wird, nicht im Interesse einer Partei, der sie angehören, sondern im Interesse einer gesunden Entwicklung des Kassenwesens. Wir haben schon mehrfach die unerfüllbaren Forderungen der Ärzte an die Krankenkassen als eine Gefahr für die letzteren kennzeichnen müssen. Die Ausgaben der Krankenkassen für Ärzte und Arzneien sind von Jahr zu Jahr in einer Steigerung begriffen, (im Jahresfünft von 1900—1904 um 33 Proz., bei den Ortskrankenkassen sogar um 45 Proz.), sodaß der soziale Ausbau der Kassen hinsichtlich der Familienbehandlung und der Konvaleszentenpflege geradezu verhindert wird. Die rückständige Gemeindeversicherung zeigt, was von der Verbürokratisierung der Krankenkassenverwaltung zu erwarten ist.

Aber nicht lediglich diese sozialpolitischen Erwägungen allein werden die Arbeiterschaft zum Protest gegen die Regierungspläne veranlassen, sondern auch die ehrliche Entrüstung über die systematische Verleumdung ihrer gewählten Vertreter, die auch nicht durch den Schatten eines Beweises gestützt wird.

Der Centralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche, dessen Geschäftsführung in Händen des Vorstandes der Ortskrankenkasse zu Dresden liegt, hat sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen, diesen ehrenrührigen Verleumdungen, daß die „sozialdemokratischen“ Leitungen der Krankenkassen die letzteren für ihre parteipolitischen Zwecke mißbraucht habe, durch eine Umfrage bei den Arbeitgeber-Vertretern der Ortskrankenkassen auf den Grund zu gehen. Diese Umfrage erstreckte sich auf die Ortskrankenkassen aller Städte und Gemeinden mit über 10000 Einwohnern, außerdem noch auf solche zahlreicher kleinerer Gemeinden, zu welchem Zwecke 1277 Fragebogen folgenden Inhalts versandt wurden:

1. Name und Sitz der Kasse?
2. Zahl der Kassenmitglieder?
3. Zahl der Vorstandsmitglieder?
4. Gehören dem Vorstande Ihres Wissens Sozialdemokraten an? — Wieviel?
5. Sind Differenzen zwischen den Arbeitgeber-Vertretern und den Arbeitnehmer-Vertretern vorhanden gewesen? — Und wann?

6. Wenn ja, wodurch entstanden diese Differenzen?
7. Wieviel Beamte beschäftigt die Kasse?
8. Sind die Beamten als Sozialdemokraten bekannt? — Und wieviel davon?
9. Sind Sozialdemokraten als Beamte ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeiten bevorzugt worden?
10. Sind sozialdemokratisch gesinnte Ärzte bei Anstellung oder Zulassung zur Kassenpraxis bevorzugt worden?
11. Haben die der Sozialdemokratie angehörigen Vorstandsmitglieder oder die Beamten ihre Stellung benützt, um Kassenmittel politischen Zwecken dienstbar zu machen?
12. Welche Wahrnehmungen sind nach dieser Richtung überhaupt bei der Kasse gemacht worden?

Nach dem der Sozialdem. Partei-Corr. übermittelten Ergebnis der Arbeitgeber-Auskünfte, haben 424 Kassen mit 1703 858 Mitgliedern dieselbe beantwortet. Von diesen bejahen 186 Kassen die Frage, ob sich Sozialdemokraten im Vorstande befinden; 181 verneinen dies. 2 Kassen berichten, daß sämtliche Vorstandsmitglieder, 81 Kassen, daß alle Arbeitgebervertreter, 69, daß die Hälfte und mehr, 24, daß weniger als die Hälfte, und 7 Kassen, daß mehr als die Zahl der Arbeitgebervertreter Sozialdemokraten seien. 40 Kassen bezeichnen das Vorhandensein von Sozialdemokraten als unbekannt.

Differenzen werden von 393 Kassen verneint, von 25 Kassen bejaht, (5,6 Proz.); als Ursachen von Differenzen wurde viermal die Anstellung des Rendanten, achtmal die Anstellung von Beamten, fünfmal die Vergütung von Druckarbeiten, zweimal die Anstellung von Ärzten, fünfmal sonstige Verwaltungsmaßnahmen, sechsmal eine rücksichtslose Behandlung von Arbeitgebern und dreimal die Wahl des Vorsitzenden angegeben.

Ueber sozialdemokratische Kassenbeamte berichten 86 Kassen, von den 1524 Angestellten aller Kassen werden 201 als Sozialdemokraten bezeichnet. Eine Kasse erklärte, daß ihre Beamten größtenteils Sozialdemokraten seien, bei 3 Kassen war die Zahl der Sozialdemokraten unbekannt.

Eine Bevorzugung von Sozialdemokraten bei Beamtenanstellungen wird von 393 Kassen verneint, von 17 bejaht (4 Prozent); 2 Kassen erklären, daß die sozialdemokratischen Beamten sich bewährt hätten. Die Bevorzugung sozialdemokratischer Ärzte wird von allen Kassen verneint, nur eine Kasse meinte, dies sei einmal scheinbar der Fall gewesen; bei einer andern Kasse führte ein solcher Verdacht zur Entlassung des Arztes.

Nun die Hauptfrage, ob die Kassenmittel zu Parteizwecken dienstbar gemacht würden. Diese Frage wurde von 406 Kassen (immer gemeint sind die Arbeitgeber in der Verwaltung) verneint; nur 5 bejahten dies in bezug auf die Vergütung von Druckaufträgen an sozialdemokratische Firmen, während eine Kasse erklärte, dafür keine Beweise zu haben.

Hinsichtlich der letzten Frage erklären 388 Kassen, überhaupt keinerlei Wahrnehmungen in bezug auf irgendwelche sozialdemokratische Beeinflussung der Kassengeschäfte gemacht zu haben. 38 Kassen heben hervor, daß politischer Einfluß in den Kassenverwaltungen nie wahrzunehmen war. 56 erklären, daß das Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeiter stets als harmonisches zu bezeichnen war und eine Kasse (Kathenow) erklärt die im Reichstage gemachten, auf Kathenow bezüglichen Behauptungen als „haltlose Verdächtigungen“.

Wiederholt wird betont, daß das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern das denkbar beste ist, die Arbeiten selbstlos, objektiv und parteilos erledigt werden; daß beide Teile sich immer gut ver-

beteiligten sich: Berlin, Braunschweig, Hannover, Hamburg, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt a. M., Köln, Erfurt, Dortmund, Magdeburg, Breslau, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Nürnberg, München, Stuttgart, Darmstadt, Mannheim, Stralsburg i. E. usw., — von schweizer Orten: Zürich, Bern und Einsiedeln — aus Oesterreich: Wien, Teplitz und Budapest. Die beantworteten Fragearten ergeben folgende Verteilung auf die verschiedenen Zweige der Xylographie: 79 Xylographen sind mit Zeitschriften-Illustrationen — 379 mit industriellen-technischen Abbildungen — 24 mit Modeabbildungen — 9 mit bunten Illustrationen — 86 in verschiedenen Zweigen — 28 mit Nachschneiden — 12 in der Zinkographie und 15 in anderen Berufen beschäftigt. Außerdem haben sich 127 Lehrlinge an der Statistik beteiligt.

Der von der Organisation, dem „Deutschen Xylographen-Verband“ bekämpften Hausarbeit gehören nur 86 Statistiktteilnehmer an, denen 536 Atelierarbeiter gegenüber stehen. In Wirklichkeit ist die Zahl der Hausarbeiter aber eine viel größere; diese haben aber geruht, den statistischen Erhebungen aus leicht erkennbaren Gründen (genau wie bei den früheren Statistiken) fernzubleiben. Die Veranstalter der Statistik glauben nicht fehl zu gehen, wenn sie annehmen, daß im ganzen der Xylographenberuf heute aus 60 Proz. Atelier- und 40 Proz. Hausarbeitern besteht. Verbandsmitglieder beteiligten sich an der Statistik 444 — Nichtorganisierte 180. Da auch von ersteren nicht alle an der Statistik teilnahmen, so mag hier bemerkt sein, daß gut 60 Proz. der Xylographen organisiert sind — ein ganz leidlicher Prozentsatz, der aber von anderen graphischen Organisationen längst überholt ist. Das Durchschnittsalter der Beantworter der Fragearten ist ziemlich das gleiche geblieben gegen das der vorhergehenden Statistiken; es beträgt 33 Jahre 6 Monate. Verheiratet waren davon 333. Zwischen 21 bis 25 Jahren stehen 124 — zwischen 26 bis 30 Jahren 107 — zwischen 31 bis 35 Jahren 76 — zwischen 36 bis 40 Jahren 79 — 51 bis 55 sind 34 — über 56 und 60 Jahre sind 23.

Arbeitszeit und Extraarbeit waren von jeher in der Xylographie zwei interessante Kapital, d. h. insofern, daß vielfach die eine zu lang und von der anderen zu viel geleistet wurde. Der Arbeitszeit läßt sich ja statistisch eher zu Leibe gehen als der Extraarbeit, noch dazu in einem Berufe, der, wie wir gesehen, noch so viel Hausarbeiter besitzt. 8 Stunden und weniger arbeiten 431. Die Zahl der mehr als diese Zeit arbeitenden Xylographen hat erfreulicherweise abgenommen. 135 arbeiten täglich 9 und darüber bis 11 Stunden. Die höchste Leistung ist 14 Stunden. Extraarbeit lieferten 219 Xylographen, Sonntagsarbeit 125. Ohne Zweifel wird in Wahrheit, beträfe die Statistik alle Berufsangehörigen, hier ein ganz anderes Bild entstehen. Die Besserbezahlung der Extraarbeit fand nur in 119 Fällen statt; in einigen Fällen allerdings bis 30 Proz.

Da von den an der Statistik Beteiligten nur 619 die Lohnfrage beantwortet haben und die übrigen sich in Schweigen hüllten, so vermag auch die Statistik kein ganz genaues Bild hier zu geben. Ersichtlich ist aber vor allem, daß die Organisierten besser honoriert werden als die Nichtorganisierten — immer wieder von neuem der Beweis, welchen Nutzen die Organisation ihren Mitgliedern zu bieten vermag. Niedere Wocheneinkommen von 15 und 18 Mark kommen noch recht oft vor und solche nicht

etwa bei der vom Xylographenverband angestrebten (und ja auch schon zum großen Teil erzielten) achtstündigen Arbeitszeit, sondern bei einer solchen bis 14 Stunden pro Tag. Ein schwaches Sinken des Durchschnittseinkommens ist zu konstatieren wie die folgenden Zahlen aus den drei letzten Statistiken des Berufes beweisen:

Durchschnittseinkommen pro Woche: 1897 Gehalt 34,— M., Stück 35,— M.; 1901 Gehalt 33,90 M., Stück 33,20 M.; 1905 Gehalt 32,20 M., Stück 33,40 M.

Dieses Sinken steht in keinem Verhältnis zu dem Teuerwerden der Verhältnisse, und wo überall Teuerungszulagen erstritten und gewährt werden. Die Einkommen über 40 M. werden im Xylographenberufe immer dünner gefäß und heute kann man sie beinahe an den Fingern abzählen, was zu den Anforderungen, die in diesem Berufe gestellt werden, durchaus nicht im Einklang steht. Statt des Stehenbleibens und teilweisen Sinkens des Durchschnittseinkommens in der Xylographie können andere graphische Berufe ein Steigen desselben melden. Doch die Schuld liegt hier an der prekären Lage des Xylographenberufes und die Organisation kann zurzeit hier nicht viel verbessern helfen.

Die Arbeitslosigkeit hat gegen die der Vorjahre zugenommen. Betroffen wurden davon von Statistiktteilnehmern 206 mit zusammen 7491 Tagen. Die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeit betrug 36 $\frac{1}{2}$ Tage. 1901 zählte die Statistik 6318 Tage und 1897 nur 2854 Tage. Also eine sichtliche Verschlechterung hier.

Von den an der Statistik sich beteiligenden 127 Lehrlingen lernen 90 vier Jahre und 20 fünf Jahre. Zeichenunterricht erhalten 79. Wöchentliche Entschädigung wird gewährt in der Höhe von 1 M. bis 6 M. Nur je einer erhält 7 und 10 M. Auf die Anzahl der Ateliers verteilt kommen auf 3 Gehilfen 1 Lehrling, was immerhin bei der Lage des Berufes und seiner Aussichtslosigkeit, sich weiter auszudehnen, ein viel zu ungünstiges Verhältnis ist, weshalb im Interesse der dem Beruf zufließenden jungen Kräfte es selbst liegt, wenn hier die Organisation ein gesünderes Verhältnis sich zu schaffen bemüht. Vor allem müßte das Lehrgeld wegfallen, das immer noch in verschiedenen Fällen sogar bis 300 Mark Höhe erhoben wird — ebenso sollten so lange Lehrzeiten wie bis fünf Jahre (z. B. in Braunschweig 143, in Hannover 5) nicht stattfinden.

Zeigt die letzte Statistik auch in einzelnen Positionen Verschlechterungen, so hat im allgemeinen doch der Xylographenberuf sich zu halten und zu behaupten gewußt, was bei der so scharfen Konkurrenz gegen andere graphische Berufe und seinen eigenen oft mäßlichen Verhältnissen wohl der Arbeit und der Mühen der Organisation zu danken ist. Die letzte Statistik ist mit ein Teilchen von dieser Arbeit und verdient deshalb die von den Xylographen Bauer, Fackbender und Runge (dem Comité für die Statistik) hier ausgeführte statistische Arbeit die Anerkennung aller ernstlich denkenden Berufsgenossen.

S. Meher, Berlin.

Arbeiterbewegung.

Die Wahlen der Arbeitervertreter zum Reichsversicherungsdam

für die künftige fünfjährige Wahlperiode, die am 1. Januar 1907 beginnt, sind vom Reichsversicherungsdam gegenwärtig ausgeschrieben und ist der

Endtermin für die Wahl auf den 15. September cr. festgesetzt.

Als Vertreter der Arbeiter sind für die Industrie, im Bergbau, im Eisenbahnbetrieb und das Baugewerbe 2 nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 36 Stellvertreter zu wählen. Für die Land- und Forstwirtschaft sind gleichfalls 2 nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 24 Stellvertreter zu wählen. Für die See-Berufsgenossenschaft sind 2 nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 2 Stellvertreter zu wählen.

Die Wahlen erfolgen einheitlich für ganz Deutschland von den Besitzern der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung; für die benannten drei Berufsgruppen gesondert.

Die Vorbereitungen zur einheitlichen Vornahme der Wahlen sind von dem Central-Arbeitersekretariat in Berlin, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Centrale für das deutsche Krankenkassenwesen gemeinsam getroffen.

Es ist den Gewerkschaftskartellen und Arbeitersekretariaten am Sitze der einzelnen Landesversicherungsanstalten der Auftrag zuteil geworden, die nötigen Vorbereitungen zu treffen für die Aufstellung geeigneter Kandidaten. Die von diesen Korporationen vorgeschlagenen Kandidaten sind auf einer gemeinsamen Liste den Schiedsgerichtsbesitzern zur Wahl empfohlen. Wir richten deshalb auch an dieser Stelle an die Schiedsgerichtsbesitzer das dringende Ersuchen, für jene Liste zu stimmen. Die Schiedsgerichtsbesitzer haben selbst genügend Gelegenheit, Einsicht zu nehmen, wie wertvoll in der Rechtsprechung die Vertretung der Arbeiter ist. Wir brauchen Männer, die objektiv ihres Amtes walten und in der Lage sind, einseitige, unzutreffende Darstellungen, die zuungunsten der Arbeiter gegeben werden, zurückzuweisen. Mehr wie je ist heute in gewissen Kreisen, die von jeher Feinde sozialpolitischer Reformen gewesen sind, die Neigung vorherrschend, von einer Rentensucht der Arbeiter zu sprechen. Daß nicht auch die Rechtsprechung immer mehr sich in den Bann dieser einseitigen Anschauung stellt, wird mit die Aufgabe einer tüchtigen Arbeitervertretung sein.

Von den vorgeschlagenen Kandidaten haben viele schon seit Jahren als Besitzer im Reichsversicherungsamt mitgewirkt und sich als sachkundige Vertreter bewährt. Die neuen Vorschläge, die notwendig wurden, weil die Zahl der gewerblichen Besitzer von 50 auf 74 erhöht ist, einige Besitzer freiwillig ausgeschieden oder nicht mehr in versicherungspflichtigen Betrieben beschäftigt waren, sind mit peinlicher Rücksichtnahme der wichtigen Aufgaben, die die Arbeitervertreter beim Reichsversicherungsamt zu erfüllen haben, erfolgt. Die Liste der vorgeschlagenen Kandidaten geht den Schiedsgerichtsbesitzern zu, wo dies nicht geschieht, müssen sich die Betreffenden an das nächste Arbeitersekretariat oder Gewerkschaftskartell oder an das Central-Arbeitersekretariat wenden. Desgleichen bitten wir da, wo der Abstimmungsmodus den Schiedsgerichtsbesitzern unklar erscheint, sich an das nächste Arbeitersekretariat oder direkt an uns zu wenden.

Um den Wahltermin nicht zu versäumen und auch zu verhindern, daß das den Schiedsgerichtsbesitzern zugesandte Cirkular verloren geht, bitten wir dringend, die Wahl sofort vorzunehmen.

Da die Stimmzettel, ohne daß von anderer Seite Einsicht genommen wird, direkt an das Reichsversicherungsamt gesandt werden, so haben die Schieds-

gerichtsbesitzer nicht zu befürchten, daß Personen, die ihnen in ihrem Arbeitsverhältnis Schaden zufügen können, von ihrer Abstimmung Kenntnis erhalten.

Bei der großen Bedeutung, die die Wahlen für die durch Unfall zu Schaden gekommenen oder durch Krankheit invalide gewordenen Arbeiter haben, bitten wir dringend, die Abgabe der Stimme nicht zu versäumen und für unsere Vorschlagsliste einzutreten.

Berlin, den 6. August 1906.

Das Central-Arbeitersekretariat,
Engel-Ufer 15 IV.

Zur Geschichte der Verschmelzungsfrage innerhalb der Verbände der Lederindustrie.

In der Nr. 30 des „Schuhmachersfachblattes“ wird in einem längeren Artikel der Industrieverband für die Lederindustrie besprochen. Der Verfasser ist in dem Glauben, daß die treibende Kraft dieser Verschmelzungsidee die Sattler wären. Es lohnt sich deshalb, in einigen Zügen den Werdegang dieses Problems vor Augen zu führen. Es besteht zwar in keiner Weise die Absicht, sich in folgendem für oder gegen diesen Gedanken auszusprechen, sondern die einzelnen Akte der Vergessenheit zu entziehen, zur besseren Beurteilung dieser Bestrebungen.

Wenn wir nun mal einen Vater suchen wollen, so finden wir ihn bald, wenn wir in die Anfänge der letzten Periode der Gewerkschaftsbewegung zurückgreifen. Und zwar ist es Legien, der den ersten Organisationsentwurf für die deutschen Gewerkschaften ausgearbeitet hat. Dieser Entwurf lag der Konferenz, sowie dem ersten Gewerkschaftskongress vor und wurde hier die Gründung von „Unionen“ gefordert, welche die einzelnen Industriegruppen umfassen sollten. Zu dem Halberstädter Kongress stellte die Zahlstelle Straßburg des Vereins deutscher Schuhmacher den Antrag: „Die sämtlichen zentralisierten Vereine und eingeschriebenen Hilfsklassen eines Industriezweiges (Bekleidungs- und Lederindustrie) vereinigen sich und bilden einen Verband. Das Eintrittsgeld sollte eine Mark betragen und der Wochenbeitrag 20 Pfg. Auch waren die Delegationen des ersten Gewerkschaftskongresses nicht nach Verbänden bestimmt, sondern nach Industriegruppen und zwar die Bekleidungs- und Lederindustrie mit 25 Delegierten vertreten, welche 29 650 Arbeiter vertraten. Die Frage, ob Unionen oder eine andere Organisationsform, wurde durch den Kongress dahin entschieden, daß er es den einzelnen Industriegruppen überließ, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, empfahl aber eine Annäherung der verwandten Berufe durch Kartellverträge. Der Vorsitzende des Schneiderverbandes, Genosse Holzhäufner, bekam den Auftrag, im Laufe des Jahres 1892, nach Halle oder nach Frankfurt, einen Kongress einzuberufen. Die einzelnen Fachorgane der beteiligten Verbände nahmen sofort Stellung. In den meisten Blättern wurde die Gründung eines Industrieverbandes abgelehnt. Doch läßt sich mit Sicherheit konstatieren, daß damals ein gewisser Boden für diese Idee gelegt wurde, der niemals ganz verschwunden ist. Die Anbahnung von Kartellverträgen schien eher auf günstigen Boden zu fallen. Die „Sattlerzeitung“ trat infolge ihrer kleinen Auflage für die Schaffung eines einheitlichen Organs ein, und zwar unter Ausschaltung der Bekleidungsindustrie. Nebenbei trat in Erscheinung, daß die Sattler eine Verschmelzung mit den Tapezierern erstrebten, die zu einer Konferenz führte, ohne den gewünschten Erfolg. In einzelnen Orten, so in Berlin,

nahmen die beteiligten Ortsverwaltungen der Gerber, Handschuhmacher, Putmacher, Kürschner, Näherinnen, Plätterinnen, Sattler, Schneider und Schneiderinnen, Schuhmacher und Tapezierer Stellung zu diesem Industriebverband, ohne ein bestimmtes Resultat zu erzielen. Der „Korrespondent für Deutschlands Putmacher“ trat entschieden für die Gründung einer Union ein, in welcher die Autonomie der einzelnen Centralverbände gewahrt und eine allgemeine Klasse als Streikfonds gegründet werden sollte. Die Abhaltung des geplanten Kongresses führte jedoch zu Schwierigkeiten. Holzhäuser erließ eine Bekanntmachung am 21. Juni 1892, wonach dieser Kongreß auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, weil der Verein der Schuhmacher Einspruch erhob, da dieser der Meinung war, „daß der Kongreß in Halberstadt ein vollständiges negatives Resultat ergeben habe.“ Der Kongreß der deutschen Schuhmacher, welcher am 5. und 6. Dezember desselben Jahres in Hamburg tagte, beschloß eine längere Resolution, welche sich für die „Branchen-Centralisation“ aussprach unter Schaffung von Kartellverträgen. Zu dieser Resolution wurde noch eine Einleitung beschlossen, welche sich im Prinzip für Industriebverbände aussprach, jedoch deren augenblickliche Einführung nicht für durchführbar hielt. Allmählich mehrten sich die Stimmen, welche einen Industriebverband für die Bekleidungs- und Lederindustrie als unmöglich erklärten. Die Kürschner, welche schon gleich nach dem Halberstädter Kongreß tagten, sprachen sich für ein Zusammengehen mit den Schuhmachern und Schneidern aus. Die Putmacher lehnten sich auf ihrer Altenburger Generalversammlung streng an die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses. Im August desselben Jahres erklärten sich die Weißgerber, auf ihrer Generalversammlung, ebenfalls für die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses, indes wichen sie in wesentlichen Punkten davon ab, in dem sie sich zunächst für die Anbahnung eines Industriebverbandes für die Lederindustrie aussprachen. Hierzu sollten die Gerber aller Branchen, Handschuhmacher, Färber, Kürschner und Sattler rechnen. Ein diesbezüglicher Kongreß sollte 1893 einberufen werden. Einen ähnlichen Antrag nahmen die Schneider auf ihrer Generalversammlung in Hannover an. Den Mitgliedschaften ging anscheinend das Tempo zu langsam. Man berief daher für einzelne Teile Deutschlands Konferenzen ein. So nach Bremen für die Leder- und Bekleidungsindustrie Nordwestdeutschlands. Den Vorsitz führte der jetzige Parteisekretär Ebert. Auch hier sprach man sich für einen engeren Zusammenschluß aus. Im Jahre 1894 sollte ein Kongreß für ganz Deutschland einberufen werden. Im Herbst 1893 brachte die Schuhmacherzeitung einen sehr pessimistischen Artikel, welcher die abflauende Haltung, der inbetracht kommenden Verbände, registrierte. Die Lederarbeiter faßten auf ihrer am 25. September 1893 stattgefundenen Generalversammlung eine längere Resolution, welche sich in platonischer Weise für einen Industriebverband aussprach, jedoch die Frage der Einberufung eines solchen Kongresses den Mitgliedern zur Diskussion überließ. Am 25. Februar 1893 tagte in Stuttgart eine Konferenz dieser beiden Industriegruppen für das Königreich Württemberg. Bei der Abstimmung über eine Resolution im Sinne eines Industriebverbandes ergab sich Stimmgleichheit und wurde durch Stichterscheid des Vorsitzenden diese Resolution mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen. Die Generalversammlung der Sattler, in Frankfurt a. M.

Ostern 1894, beschäftigte sich in intensiver Weise mit dieser Materie. Die Abstimmung war auch hier eine sehr verzwickte, so daß zuerst alle Anträge in dieser Sache abgelehnt wurden, dann ein Antrag gegen 5 Stimmen Annahme fand, welcher sich für Anbahnung eines Kartellvertrages aussprach. Sassenbach, als Vorsitzender der Sattler, betrieb eifrig die Zeitungsfrage und stellte einen fertigen Entwurf zur Diskussion, wonach ein Organ für die Lederindustrie genügen sollte, unter dem Titel: „Fachblatt für Lederarbeiter, Organ des Verbandes der Kürschner, des Verbandes der Lederarbeiter und des Verbandes der Sattler und Tapezierer“. Eine Gegenliebe für diesen Vorschlag erntete Sassenbach nicht, Weiswenger von den Lederarbeitern trat diesem Plan scharf entgegen. Unterdessen ging die Bewegung ihrem Ende zu.

Reißhaus von den Schneidern und Markus von den Schuhmachern, beide in Erfurt, erließen im Juni 1894 in der Schneiderzeitung einen Aufruf zur Beschickung eines Kongresses nach Erfurt zum 20. August desselben Jahres, für die Arbeiter der „Bekleidungsindustrie“.

Darüber nun überall Staunen und Aufregung, daß man den Lederkünstlern aller Arten den Stuhl vor die Tür setzte, d. h. soweit sie nicht zur Bekleidungsindustrie rechneten. Reißhaus, welcher eifrig für die Gründung eines Industriebverbandes auf diesem Kongreß eintrat, fand einen heftigen Gegner in Volk-Gotha. Volk warnte eindringlich für ein allzu schnelles Tempo auf dem Gebiete der Organisationsfrage. Das Resultat war, daß 16 Schneider, 5 Schuhmacher und 1 Kürschner für Gründung eines Industriebverbandes und 19 Schneider, 41 Schuhmacher und 1 Putmacher dagegen stimmten. Wo auch hier eine Absage an den Industriebverband. Es fand hierauf in Berlin eine unverbindliche Besprechung innerhalb der Lederindustrie statt, welche ohne weiteren Erfolg war.

Hierauf trat Kirchhofsruhe ein. Nur die jeweiligen Verbandstage der inbetracht kommenden Verbände der Lederindustrie ließen kleine Flammen als Rest dieses großen Feuers der neunziger Jahre aufflackern. Der Gedanke, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck seien, gewann an Bahn. Die Ausgestaltung der Organisation, sowie deren innerer Ausbau erfüllten die Funktionäre. So kam diese Verschmelzungsfrage immer mehr ins Hintertreffen. Aus den letzten Jahren wären noch folgende Daten zu erwähnen. Als treue Hüterin des Gedankens der Lederindustrie erwies sich die Filiale Kaiserlautern des Sattlerverbandes, welche bis jetzt zu jedem Verbandstage, welcher seit der Hochkonjunktur dieser Materie getagt hat, einen entsprechenden Antrag stellte, der mit mehr oder weniger Wohlwollen immer abgelehnt wurde. Nicht unerwähnt wollen wir die Abzweigung der Portefeuilier von den Buchbindern lassen, da erstere in dem neuen Verschmelzungsprojekte mit eingeschlossen sind. Eine internationale Konferenz der Lederarbeiter, welche am 3. August 1903 in Malmö tagte, nahm auch eine Resolution an, welche den Zusammenschluß aller in der Lederindustrie beschäftigten Arbeiter forderte. Auf der Generalversammlung der Schuhmacher in Berlin 1904 wurde der Vorstand beauftragt, mit dem Lederarbeiterverbande zwecks Verschmelzung in Verbindung zu treten. Die im Jahre darauf stattgefundenen Generalversammlung der Lederarbeiter, welche auch

von dem Verein der deutschen Schuhmacher beschickt wurde, brachte eine Resolution zur Annahme, wonach der Vorstand verpflichtet wurde, sich mit allen in der Lederindustrie bestehenden Organisationen zwecks Gründung eines Industrieverbandes in Verbindung zu setzen. Die letzte Generalversammlung der Sattler in Dresden, Ostern 1906, nahm ein Antrag an, wonach es den Anschein hat, als hätten sich die Delegierten für die Gründung eines Industrieverbandes ausgesprochen. Nach eigener Kenntnis ist dies nicht der Fall. Die Annahme dieses Antrages sollte die Bereitschaft aussprechen, an etwaigen geplanten Arbeiten diesbezüglicher Natur teilzunehmen. Zu erwähnen wäre noch die bis jetzt noch nicht zum Abschluß gelangte Debatte bei den Handschuhmachern. Auch bespricht seit längerer Zeit die Portefeuille-Zeitung die Verschmelzungsfrage mit der Sattlerorganisation. Hiermit können wir die Registrierung der für diese Bewegung zur Bedeutung gelangten Geschehnisse schließen mit dem Hinweis, daß die seit dem Jahre 1893 geplante Konferenz nun tatsächlich stattfindet, und zwar am 19. August dieses Jahres in Berlin. Die in Betracht kommenden Verbände haben zugesagt, teils waren sie auch durch Beschlüsse ihrer Verbandstage gebunden. Wenn wir nach einer Erklärung suchen, warum diese Frage anscheinend wieder an Wert gewinnt, so kann sie nur die sein, daß die Erfolge und die äußere gewaltige Form des Metallarbeiter- und Holzarbeiterverbandes die weniger entwickelten zurückgebliebenen Zahlstellen der Lederindustrie dazu verleitet. Ob nun die Frage der erleichterten Agitation an Wert die Frage — ob es zweckdienlich ist, immer die Breitseiten einer Industriegruppe dem Unternehmertum im Kampfe gegenüber zu stellen — übertrifft, wird die Konferenz zu erklären haben. P. Blum.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Central-Verband Deutscher Brauereiarbeiter veröffentlicht seine Abrechnung für das erste Quartal. Danach ist die Mitgliederzahl seit 4. Quartal 1905 von 23342 auf 24866, also um 1524 gestiegen.

Der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes teilt mit, daß laut einem am 27. Juli abgeschlossenen Vertrag mit dem Verband deutscher Buchbindereibesitzer der Kampf in den drei Städten Berlin, Leipzig und Stuttgart beendet ist. Da die Wiedereinstellung aller Ausgesperrten sich aber nur langsam vollzieht, so soll der Zugang nach diesen Orten nach wie vor gesperrt bleiben. Die Auszahlung von Unterstützungen an zureichende Mitglieder ausländischer Verbände wird bis auf weiteres sistiert. Die vom Verbandsausgegebenen Sammellisten sollen bis Ende August im Umlaufe bleiben, da der Verbandskasse durch die Aussperrung große Opfer erwachsen sind. Auch die Extrasteuer soll bis auf weiteres bestehen bleiben.

Das Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter beantwortete den Ullas des Breslauer Magistrats vom 20. Juli, gerichtet gegen das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter, mit der dringenden Mahnung an letztere, treu und fest an der Organisation zu halten und weist die Behauptung, daß die dortige Filiale des Verbandes von der sozialdemokratischen Partei errichtet sei, als unrichtig zurück.

Nach der Abrechnung des Verbandes der Handschuhmacher Deutschlands für das 1. Quartal 1906 ist dessen Mitgliederzahl seit ult. 1905 von 8100 auf 8079 zurückgegangen.

Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes ist auf dem Gebiete der Schriftenverbreitung ungemein tätig. Nachdem in voriger Woche die Agitationschrift: „Aus eigener Kraft“ nebst dem Verbandstagsprotokoll zur Verbreitung gelangt ist, wird in Kürze das Protokoll der Modellstichlerkonferenz unter dem Titel „Zur Organisation der Modellstichler“ erscheinen. Außerdem soll in nächster Zeit eine weitere Agitationschrift „An die Holzarbeiter auf den Werften“ veröffentlicht werden. Wir wünschen dieser Aufklärungsarbeit besten Erfolg.

Der Vorstand des Centralvereins für alle in der Hut- und Filzwarenindustrie beschäftigten Arbeiter veröffentlicht einen Kartellvertrag zwecks Vermeidung und Beseitigung von Grenzstreitigkeiten. Abgeschlossen ist der Vertrag bisher mit dem Centralverband der Dachdecker.

Der Mitgliederstand des Centralverbandes der Lederarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ist seit Jahreschluß 1905 nach dem ersten Quartalsabschluß von 6772 auf 7161 gestiegen.

Eine süddeutsche Gaukonferenz des deutschen Textilarbeiterverbandes wählte an Stelle des in die Redaktion des „Textilarbeiter“ eintretenden süddeutschen Gauleiters Krätzig den Kollegen Gsell-Mülhausen für Elsaß und Baden, und den Kollegen Schrader-Kassel für Württemberg und die Pfalz zu Gauleitern.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

Der Friede im Buchbindergewerbe ist nun endgiltig wieder hergestellt. Ein zwischen den Vorständen des Deutschen Buchbinderverbandes und des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer abgeschlossener Vertrag enthält zunächst die Anerkennung der Gehilfenorganisation und der Koalitionsfreiheit der Gehilfen seitens des Arbeitgeberverbandes, sowie die beiderseitige Anerkennung des 1900 abgeschlossenen und 1903 verlängerten Tarifvertrages bis zum Jahre 1911, ebenso des Minimalstundenlohn- und Affordtarifs und die Anerkennung der Sprüche des Schiedsgerichts. Als materielle Verbesserung erhalten die gelehrten Arbeiter vom 6. Jahre der Berufstätigkeit ab eine Erhöhung des Minimalstundenlohnes, in Berlin von 48 auf 50 Pfg., in Leipzig von 46 auf 48 Pfg. und in Stuttgart von 44 auf 46 Pfg., Spezialarbeiter in Berlin von 51 auf 53 Pfg. Vom 1. Januar 1908 werden diese Positionen um 2 Pfg. erhöht. Die Positionen für Falzarbeiten verspricht der Arbeitgeberverband freiwillig zu erhöhen. Der Affordtarif soll von Januar 1907 ab von einer Tarifkommission revidiert werden, ebenso der Berliner Sondertarif für Vorrichtungen und Mädchenarbeiten. Der Arbeitnehmerverband verspricht, keinerlei Zwang auf die Entschließungsfreiheit der in den Betrieben des Arbeitgeberverbandes beschäftigten Arbeiter auszuüben und jede Agitation zur Werbung von Mitgliedern innerhalb der Betriebe zu unterlassen. Als erwünscht werden Geschäftskommissionen bezeichnet, die Beschwerden über die Nichtinnehaltung des Tarifs oder sonstige Mißstände den Geschäftsleitungen mitzuteilen, ev. sich beschwerdeführend an das Schiedsgericht bezw. Tarifamt zu wenden haben. Wollungen von Stehengebliebenen und Arbeitswilligen sollen ebenso unterbleiben, wie solche von Organisierten und Streikenden. Sondertarife sollen

bitter über den Mangel an authentischen Nachrichten über den Ausgang der Bewegung in den Orten der Provinz, welche hierfür in Frage kommen.

Die amtlichen Nachrichten selbst, das heißt, die des Arbeitsamtes, (welches dem Handelsministerium unterstellt ist), können auf Vollständigkeit auch keinen Anspruch machen; so ist zum Beispiel in dem monatlichen „Bulletin“ über den ziemlich bedeutenden Streik der Gärtner aller Spezialitäten in Paris und Umgegend, welcher Ende März begann und Anfang April endete und etwa 6000 Arbeiter (von 9000) umfaßte, fast keinerlei Erwähnung geschehen.

Im Monat Mai empfing das Arbeitsamt von 247 Streiks Mitteilung und betrug die Zahl der an 226 derselben beteiligten Personen 154,055 (1906 betrug die Zahl der Streiks nur 92, während der Durchschnitt für die letzten fünf Jahre 67 betrug).

Von den 247 Streiks handelte es sich um Lohn-erhöhung bei 155 Streiks, um Herabsetzung der Arbeitszeit bei 136 Streiks, um Beseitigung des Zwischenmeistersystems oder der Stückerarbeit bei 22 usw. Diese Streiks erstreckten sich über 57 Departements (von 89). Die größte Zahl der Streiks brach im Seine-Departement (Paris und Umgegend) aus; es waren dies 32, im Rhone-Departement (Lyon usw.) fanden 30 statt, im Norden 22 usw.; in 22 Departements brach nur je ein Streik aus, in 7 deren 2, in 7 deren 3, in 8 4, in 2 5, in je einem Departement je 7 resp. 6 Streiks, in 3 8 und in einem Departement 9 Streiks.

65 dieser Streiks bezogen sich auf die Bauindustrien, 58 auf die der Metalle, 32 auf die Holzindustrien usw. Von den 247 Streiks endigten schon 188 im selben Monat und zwar nach folgender Dauer: 22 dauerten 1 Tag oder weniger, 15: 2 Tage, 8: 3 Tage, 11: 4 Tage, 13: 5 Tage, 14: 6 Tage, 19: 7 Tage, 10: 8 Tage, 5: 9 Tage, 9: 10 Tage usw.

Auch im Monat Mai endigten 49 ältere Streiks, von denen je einer 137 Tage, 125, 118, 91, 86, 77, 66, 51, 45, 44, 43, 42, 41, 40 resp. 38 Tage (zwei Streiks) usw. dauerten; wenn man nun diese 49 ältere Streiks den schon genannten 188 neuen Streiks vom Mai hinzufügt, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 237 Konflikten; hiervon endigten 30 mit Erfolg, 100 nach Verhandlungen oder mit teilweisem Erfolge; 107 Streiks verliefen erfolglos.

Die Gesamtzahl der Streikenden für Paris und Umgegend wurde seitens der Tagespresse im Mai auf etwa 140 000 berechnet, während sich dieselben, nach den amtlichen Angaben, nur auf 89,497 beliefen; selbst wenn man die Teilnehmer an den seit dem 17. März ausgebrochenen Streiks, die noch andauerten, hinzurechnet, so ergibt dies nur ein Mehr von 17 110 (worunter 7420 Setzer, Drucker und Hilfsarbeiter, 2000 Schmudarbeiter, 7000 Steinhauer und Abpußer), im ganzen also 106 607 Mann für Paris und Umgegend. Die Juwelenarbeiter, sowie die Gold- und Silberarbeiter, welche mit den Schmudarbeitern eine Gesamtzahl von 8000 Ausstehenden bildeten, sind in der amtlichen Statistik nicht erwähnt.

Vom 17. März ab wurde bei 44 Streiks die Herabsetzung der Arbeitszeit verlangt, und zwar ohne Angabe der Stundenzahl bei 4 Streiks, bei 4 derselben der Zehnstundentag, bei 24 Streiks (wovon in 18 Fällen seitens der Buchdrucker) 9 Stunden und bei 12 Streiks 8 Stunden.

Im Mai wurde bei 136 Streiks die Herabsetzung der Arbeitszeit verlangt, und zwar in 16 Fällen ohne Angabe der Stundenzahl, die Woche von 54 Stunden in einem Falle, der Arbeitstag von 11

resp. 12 Stunden in je einem Falle, der Zehnstundentag in 26 Fällen, der Neunstundentag in 28 Fällen (worunter die Buchdrucker in 6 Fällen); der Achte-stundentag wurde bei 63 Streiks verlangt.

Nach den amtlichen Angaben haben wir die Zahlen für die hauptsächlich in Frage kommenden Berufe herausgezogen und zusammengestellt, indem wir diesen Zahlen die Teilnehmer derjenigen Streiks hinzufügten, welche vor dem 1. Mai ausbrachen, in dessen an diesem Tage noch nicht beendet waren.

Es streikten 2323 Lithographen in 3 Orten, Lithographen und Buchdrucker zusammen 1372 in 4 Orten, Buchdrucker und Hilfsarbeiter 9778 in 24 Orten, 1292 Färber in 3 Orten, Maler 7411 in 6 Orten, 9473 Metallarbeiter in 6 Orten), dann noch 5000 Metallarbeiter und Bergarbeiter in Villerupt, 34 267 Maschinenbauer (incl. Mechaniker für elektrische Leitungen) in 18 Orten, 8365 Schlosser in 4 Orten, 4610 Wagenarbeiter in 3 Orten, 7305 Steinhauer und Abpußer in 2 Orten, 8430 Bergarbeiter in 10 Orten, 5650 Dodarbeiter in 4 Orten, 6688 Tischler in 6 Orten, 10 478 Bauarbeiter in 15 Orten, dann noch 3000 Bauarbeiter und Arbeiter anderer Professionen in Lorient; 23 585 Maurer in 18 Orten, 2850 Zimmerleute in 2 Orten, 5338 Erdarbeiter in 15 Orten, 2000 Bijoutiers (Paris), 5516 Weber in 14 Orten, 495 Weberinnen, 6500 Möbelarbeiter (Paris), 3392 Former und Gießer in 7 Orten, 2000 Landarbeiter in 2 Orten, 2000 Holzbildhauer (Paris) usw. usw.

Es ist nun notwendig sich zu fragen, welches denn die Resultate dieser zum Teil sehr langen Kämpfe waren. Die Metallarbeiter in den Provinzorten haben teilweise die Herabsetzung der Arbeit von 12 resp. 11 Stunden auf 10 Stunden erzielt, mit einer kleinen Lohnzulage für den Zeitausfall; der Metallarbeiter-Verband ist durch die Kämpfe sehr geschwächt und hat noch über 5000 Streikende in verschiedenen Orten zu unterstützen sowie 2000 Opfer der übrigen Streiks. Die Kupferformer in Paris, mit den Hilfsarbeitern, (etwa 2000 Mann) sind unterlegen; sie forderten 9 Stunden und den gleichen Lohn wie für 10 Stunden. Bei sehr geringer Streikunterstützung kämpften sie während 5 Wochen.

Die Maschinenbauer hatten, mit Ausnahme derjenigen Werkstätten, die für 8 Stunden eintraten, die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 54 resp. 55 Stunden verlangt; von etwa 20 000, welche sich in Paris und Umgegend im Streik befanden, erlangten ungefähr 6000 Arbeiter 54 resp. 55 Stunden pro Woche (mit freiem Samstag Nachmittag); die Bezahlung blieb die gleiche wie für 60 Stunden. Der Streik der Maschinenbauer in Luneville, welche aus Solidarität für die Waggonarbeiter in den Streik traten, mißlang; die durch drei Ausstände der letzten zwei Jahre erzielten Vorteile gingen verloren und der Unternehmer, der Automobilfabrikant Dietrich, maßregelte 200 Mann, die sämtlich genötigt waren, den Ort zu verlassen. Die Maschinenbauer in Saint-Etienne traten, wie der Verbandssekretär Coupat hierüber in der „Revue Syndicaliste“ berichtet, erst am 21. Mai in den Streik. Infolge einer Urabstimmung, an welcher 1583 Arbeiter teilnahmen, sprachen sich dieselben mit einer Majorität von 180 Stimmen für den Ausstand aus. Obgleich die Arbeiter der bedeutendsten Fabrik nach 9 Tagen die Arbeit wieder aufnahmen, so setzten die übrigen den Kampf fort. Am 10. Juni kam es in drei Fabriken mit 800 Arbeitern zu folgendem Vergleich: Bis Ende Juni beträgt die Arbeitszeit 10 Stunden, mit einem Aufschlag für Ueberstunden von 25 Prozent; vom

weder in den drei Städten, noch anderwärts abgeschlossen werden, ehe sie nicht dem Arbeitgeberverband vorgelegt sind. Der Vorstand der Gehilfenorganisation verpflichtet, binnen drei Monaten Abschriften von allen bisher abgeschlossenen und noch geltenden Verträgen dem Vorstand des Unternehmerverbandes einzureichen. Die infolge zahlreicher Neueinstellungen während des Streiks und der Aussperrung nicht sofort wieder beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sollen bei späteren Einstellungen möglichst berücksichtigt werden. Ueber den Termin der Rückzahlung der am Beginn des Kampfes seitens der Arbeitgeber einbehaltenen Löhne wurde eine endgültig Verständigung noch nicht erzielt. Die in Stuttgart gefällten vollstreckbaren Urteile sollen nicht vollstreckt werden.

Die Achtstundebewegung in Frankreich.

Die neue gewerkschaftliche Taktik zur Erringung des Achtstundentages, wie sie seit dem letzten Gewerkschaftskongreß in Bourges (September 1904) hier so lebhaft als die einzig richtige empfohlen wurde, hat ihre Probe schlecht bestanden: Die sogenannte „Direkte Aktion“, bei deren Anwendung es als überflüssig galt, zuerst für starke gewerkschaftliche Organisationen mit guten Kassen zu sorgen, hat die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt und konnte sie nicht erfüllen. Der Achtstundentag, welcher das Ziel der seit dem Kongresse in Bourges betriebenen Propaganda war, ist nicht erreicht worden, und zwar in keinem Berufe; nur in einigen der letzteren erlangte man geringe Herabsetzungen der Arbeitszeit und in einigen andern kleine Aufbesserungen der Löhne, worauf wir noch zurückkommen werden. Dafür hat sich die Situation in anderen Berufen infolge der Bewegung verschlechtert; früher erlangte Vorteile sind verloren gegangen, weil die Unternehmer natürlich die Schwäche der unterlegenen Arbeiterorganisationen auszunutzen suchten. Eine weitere ernste Konsequenz dieser verflorenen Kämpfe ist die Schaffung von starken Unternehmer-Organisationen, welche sich nun bemühen, durch die Einführung der berichtigten „Auskunftszettel“ die gesamte Arbeitsvermittlung an sich zu reißen, natürlich unter Ausschluß der besonders tätigen Kameraden von der Arbeit.

Wenn der 1. Mai als Datum für den Beginn der Bewegung für eine gewisse Zahl von Berufen, wie die Erdarbeiter, Bauarbeiter aller Kategorien, und andern günstig war, so war das Gegenteil zum Beispiel für die Buchdrucker und Lithographen der Fall. Ein Teil der Buchdrucker war wohl in vorübergehender Weise mit den ziemlich umfangreichen Druckarbeiten für die allgemeinen Abgeordnetenwahlen beschäftigt, indessen konnten die Nachteile der sonst zu sehr vorgerückten Jahreszeit hierdurch nicht aufgewogen werden. Wieder in anderen Berufen hatten die Arbeitgeber möglichst viele Arbeiten vor dem 1. Mai fertigstellen lassen und wurden deshalb von den dann ausbrechenden Streiks nicht zu sehr betroffen; ein einziges Datum für die Streiks in allen Berufen ist also nicht empfehlenswert. Diese Ansicht wurde übrigens auch seitens der sehr zahlreichen Berufsorganisationen bestätigt, welche deshalb ganz davon absehen, sich irgendwie an der Bewegung zu beteiligen.

In manchen Berufen, wie zum Beispiel in denen der Metallindustrie, wurden die vorhandenen allerdings meist schwachen Organisationen von den Nichtorganisierten auf die Seite gedrängt; die letzteren hatten die Leitung der Bewegung an sich gerissen und

behaupteten, daß eine ständige gewerkschaftliche Organisation überflüssig sei; Geldunterstützungen wurden natürlich von den Organisationen angenommen. Namentlich der Metallarbeiter-Verband hatte hierunter zu leiden und zwar nicht nur in Paris, sondern auch in Montluçon usw.; es wurde dies natürlich nur dadurch ermöglicht, daß das Verhältnis der Organisierten zu denen die es nicht sind, ein viel zu ungünstiges ist.

Während man noch auf dem Kongresse von Bourges nicht die Notwendigkeit einsah, Geldmittel für den großen Kampf, den man führen wollte, anzusammeln, hat sich in den einzelnen Berufen jetzt eine vernünftiger Ansicht Bahn gebrochen. In einer beträchtlichen Zahl dieser Organisationen hat man den Wert guter Kassenbestände in den Gewerkschaften begriffen und appellierte man auch wegen Geldunterstützungen an die Organisationen der Nachbarländer, wenn auch mit wenig Erfolg. Denn wenn man an die Solidarität der Berufskollegen anderer Länder appelliert, muß man doch zuerst nachweisen können, daß man selbst sein möglichstes zur Schaffung von Mitteln für den Kampf getan hat, und dies ist hier in der größten Zahl der Gewerkschaften leider nicht geschehen.

Während es in den Gewerkschaften, in welchen die „direkte Aktion“ als bestes Kampfmittel gepriesen wurde, zum guten Ton gehörte, über den französischen Verband der Buchdrucker herzufallen, weil sich dieser schon seit Jahren bemühte, eine starke Organisation mit gefüllter Kasse zu schaffen, müssen nun selbst die Gegner der letzteren zugeben, daß es gerade die als zu reformistisch beschriebenen Buchdrucker sind, welche bei dieser Bewegung am besten abgeschnitten haben. Der Taktik ihrer Kollegen in den meisten Nachbarländern folgend, reservierten sie die Forderung des Achtstundentages und forderten zunächst neun Stunden bei gleichem Lohne und Lohn-erhöhung um ein Neuntel (11 Proz.) für Stückarbeit.

Die Leiter der in Frankreich vorherrschenden gewerkschaftlichen Richtung rühmen sich, der Bourgeoisie einen großen Schrecken eingejagt zu haben; dies ist ja eine Tatsache, indessen wäre dem nicht so gewesen, wenn nicht die reaktionäre Presse und andererseits die Regierung, beide aus allerdings verschiedenen politischen Motiven, zur Vermehrung der Besorgnisse in so großem Umfange beigetragen hätten. Weiter muß anerkannt werden, daß die Arbeiter, welche an der Bewegung beteiligt waren, fast ohne Unterstützung mit der größten Ausdauer kämpften und erst, durch die größte Not dazu getrieben, den Kampf aufgaben. Denn selbst in gewissen Organisationen, wie zum Beispiel derjenigen der Holzbildhauer, die über gewisse Mittel verfügten, war von der Auszahlung einer regelmäßigen Streikunterstützung keine Rede; nur diejenigen, welche der Unterstützung sehr bedürftig waren, empfingen eine solche. In manchen Korporationen, wie in denen der Wagenbauer (die alle hierbei in Frage kommenden Spezialitäten umfaßt) hat man ganz gute Erfahrungen mit der Einrichtung der sogenannten „kommunistischen Suppen“ gemacht, indessen konnten doch hiermit allein die Streitenden nicht über Wasser gehalten werden.

Da man den Wert einer eigenen Arbeiterstatistik noch nicht erkannt hat, so ist man auf die amtlichen Angaben angewiesen, sobald man Zahlen anführen will. Während die französischen Buchdrucker binnen kurzem eine vollständige Statistik über die Resultate der letzten Bewegung besitzen werden, beklagt sich zum Beispiel das Organ des Metallarbeiter-Verbandes

erhalten. Die Taktik derjenigen Gewerkschaftsführer, welche bisher gegen starke Gewerkschaften mit möglichst viel Geldmitteln zur längeren Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe auftraten, hat indessen Fiasco gemacht. Alle Phrasen der Verteidiger der sogenannten „direkten Aktion“ halfen nicht über die Tatsache hinweg, daß die Organisationen, welche ihre vom notwendigen festen Willen, etwas zu erringen, befehlten Mitglieder in genügender Weise unterstützen konnten, viel besser abgeschnitten haben, als die übrigen, trotzdem die meisten Angehörigen dieser letzteren Berufsweise von größtem Opfermut ablegten. Wir hegen die Hoffnung, daß wenigstens ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder aus diesen letzten Kämpfen eine gute Lehre ziehen wird.

Die Freimachung von der Phrase und die Erstarfung der französischen Gewerkschaftsbewegung wird davon die Folge sein.

Paris, 22. Juli.

B. Tr.

Anderer Organisationen.

Der 6. christliche Gewerkschaftskongress in Breslau.

I.

Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands sind von dem Aufschwunge, den die Gewerkschaftsbewegung im verfloffenen Jahre nahm, nicht unberührt geblieben. Ihre Mitgliederzahl ist vom 31. Dezember 1904 bis 31. Dezember 1905 von 118 917 auf 191 690 oder um 72 773 gestiegen. Davon entfallen 20 000 auf den neu hinzugetretenen Bayerischen Eisenbahnerverband. Am 31. Dezember 1905 schied jedoch der Lippische Zieglerverband aus, der noch in der Statistik mit 1800 Mitgliedern aufgeführt wird. Die Mitgliederzahl betrug also nur noch 189 890, die Zunahme 70 973, davon 50 973 auf die früher angeschlossenen Verbände. An den steigenden Mitgliederziffern sind alle Verbände beteiligt; nur der Bund der Fleischergelegen, der 1902 mit etwa 700 Mitgliedern beirat, ist unaufhaltsam auf 550 zurückgegangen und zählte am 1. April d. Js. gar bloß noch 468. Die dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften nicht angeschlossenen, angeblich christlichen Organisationen, von denen die meisten jedes gewerkschaftlichen Charakters ermangeln und einige der interkonfessionellen Natur des Gesamtverbandes ablehnend gegenüberstehen, werden mit 77 176 Mitgliedern (gegen 99 071 Ende 1904) verzeichnet; der Rückgang erklärt sich durch den Eintritt des Bayerischen Eisenbahnerverbandes in den Gesamtverband.

Seit dem 1. April 1905 betrug die Zunahme nur 20 483 oder 10,4 Proz.; sie wird beeinflusst durch einen starken Rückgang des Gewerkschaftsvereins der Bergleute, der nach dem großen Ruhrkohlenarbeiterstreik 80 080 Mitglieder verzeichnete, im Laufe des verfloffenen Jahres aber mehr als 18 000 Mitglieder verlor und erst im ersten Quartal 1906 wieder auf 70 000 Mitglieder stieg.

War danach die Entwicklung des Mitgliederstandes eine mäßige zu nennen, so haben sich die Klassenverhältnisse hingegen sehr bedeutsam entwickelt. Die Gesamteinnahme stieg von 894 517 Mk. im Jahre 1904 auf 2 443 122 Mk. in 1905; davon entfallen 191 809 Mk. auf den neuangeschlossenen bayerischen Eisenbahnerverband. Im gleichen Zeitraum stiegen die Gesamtausgaben von 711 700 Mk. auf 2 150 511 Mk. (davon kommen 129 862 Mk. auf

den Eisenbahnerverband) und der Klassenbestand von 690 373 Mk. auf 1 249 408 Mk. (davon 332 335 Mk. im bayerischen Eisenbahnerverband). Auch ohne das Hinzutreten des letztgenannten Verbandes zeigt sich bei den christlichen Gewerkschaften unterfennbar eine festere Finanzierung und das Bestreben nach größerer Leistungsfähigkeit. Gewiß entfällt ein gutes Teil der größeren Einnahmen auf die durch den Kampf im Ruhrgebiet ausgelöste Kräfteanspannung; allein die Einnahmen des Gewerkschaftsvereins der Bergleute stiegen von 252 180 Mk. auf 901 116 Mk. und die gesamten Ertragsbeiträge aller Gewerkschaften von 15 894 Mk. auf 524 954 Mk. Aber auch die regelmäßige Beitragsleistung hat sich gehoben. Sie ergab 1904 eine Einnahme von 799 147 Mk., 1905 eine solche von 1 760 242 Mk. Nach den durchschnittlichen Mitgliederziffern beider Jahre entfielen auf jedes Mitglied 1904 an regelmäßiger Beitragsleistung 7,43 Mk., 1905 dagegen 9,35 Mk.

Von den Ausgaben entfielen 205 155 Mk. auf die Unterhaltung der Verbandsorgane in allen 16 berichtenden Verbänden (mit Ausnahme der Bäcker und Gärtner); 12 Verbände für Reise- und Arbeitslosenunterstützung 13 571 Mk.; 13 Verbände für Sterbegeld 59 933 Mk.; 14 Verbände für Rechtschutz 45 457 Mk. und 14 Verbände für sonstige Unterstützungen 114 140 Mk. Für Agitation verzeichneten 16 Organisationen eine Gesamtausgabe von 161 393 Mk., für Verwaltungsausgaben 91 970 Mk., für Bibliotheken und Bildungszwecke (13 Verbände) 11 961 Mk., für Gehälter (13 Verbände) 52 423 Mk. und für Beiträge an den Gesamtverband (15 Verbände) 20 795 Mk. Die Streikausgaben sind von 133 362 Mk. im Jahre 1904 auf 1 000 320 Mk., also um 866 958 Mk. gestiegen. An diesen Ausgaben sind zwar die Bergleute allein mit 436 445 Mk. beteiligt, allein noch 2 Verbände, die der Textilarbeiter und Metallarbeiter, weisen jeder im Berichtsjahre mehr an Streikausgaben auf, als die gesamten christlichen Gewerkschaften im Vorjahre. Selbst wenn in diesen Summen Ausgaben zur Unterstützung anderer Gewerkschaften enthalten wären, insbesondere der Bergleute, wäre die Steigerung eine sehr respektable. Das kolossale Anwachsen der Streikausgaben beweist, daß die christlichen Gewerkschaften, mögen zahlreiche ihrer Führer auch den friedlichen Ausgleich mit den Arbeitgebern und den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu ihrem Leitmotive machen und selbst vor der systematischen Streikbruchtaktik nicht zurückscheuen, doch in stetig wachsendem Umfange Kämpfe führen müssen, so gut wie die freien Gewerkschaften; die Tatsachen sind eben stärker als alle Theorien. Und nicht umsonst verfolgt das Scharfmachertum auch sie mit ihrem Haß. Besonders die Kohlenmagnaten an der Ruhr befehlen sie ingrimmig, seit der ehemalige „Zehengewerkschaftsverein“, welchen Namen sich der christliche Gewerkschaftsverein der Bergleute durch die Bruttische Verrätertaktik verdient hatte, mit dem alten Verband gemeinsam in den Kampf zog. Und nicht minder erfuhr die christlichen Gewerkschaften von seiten der Behörden überall dort, wo sie in Kämpfen standen, ganz dieselbe Behandlung, wie sie den Gewerkschaften des Klassenkampfes seit jeher zu teil wurde. Im Ruhr- und Lippe-Revier, im Saargebiet, in Elsaß-Lothringen, hat man ihre Versammlungen systematisch gehindert, hat man ihnen mit behördlicher Hilfe ausländische Streikbrecher in den Weg gestellt, dagegen jeden im Dienste christlicher Gewerkschaftsarbeit tätigen Ausländer unnachsichtlich ausgewiesen. Selbst der mit großen Mühen aus Italien

1. Juli ab $9\frac{1}{2}$ Stunden, mit dem Lohn wie für 10 Stunden; 6 Monate später, also am 1. Januar 1907, wird der Neunstundentag mit Lohn für 10 Stunden eingeführt; jede Stunde über neun hinaus wird wie oben als Ueberstunde bezahlt. Für Stückerarbeiten tritt gleichfalls ein entsprechender Aufschlag ein. Etwa ein Drittel sämtlicher Arbeiter der Fahrrad- und Automobilbranche profitiert von diesen Abmachungen.

Die Wagenbauer aller Spezialitäten, welche sich nach den neueren Angaben in einer Zahl von über 20 000 an der Achtstundenbewegung beteiligten (nachdem sie erst vor einem Jahre einen schwierigen Kampf durchzufechten hatten, durch welchen sie indessen zahlreiche Vorteile errangen), sind dieses Mal unterlegen. Die Unternehmer suchen sich zu rächen, indem sie verschiedene Zugeständnisse, die sie vergangenes Jahr machen mußten, zurückziehen.

Die Bautischler, Möbeltischler, sowie die Stuhlmacher und Holzbildhauer, haben nichts erreicht. Nur in einzelnen Geschäften und für eine beschränkte Zahl von Arbeitern sind kleine Zugeständnisse gemacht worden. Andererseits haben die Unternehmer hier wie in der Wagenbauerei und der Automobilbranche, die demütigenden „Auskunftszettel“ eingeführt.

Die Lithographen verlangten erst 8 Stunden, dann 9 wie die Buchdrucker. Ein Teil der Geschäfte anerkannte den Neunstundentag, indessen ist es fraglich, ob die Organisation stark genug ist, den Respekt dieser Zugeständnisse zu erzwingen.

Die Maler erlangten nach einem Streik von einigen Wochen wohl nicht den Achtstundentag, indessen eine Lohnerhöhung von 10 Centimes (8 Pfg.) pro Stunde. 750 Tagsschneider erzielten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 5 Centimes und die Lieferung der Zutaten durch den Unternehmer. Vom Achtstundentag wollten letztere nichts wissen.

Die Friseurgehilfen benutzten die letzte Bewegung dazu, die Forderung des wöchentlichen Ruhetages und einer Mittagspause von 1 Stunde zu stellen, und kamen auch damit in Paris und einigen Orten der Provinz durch. Inzwischen ist nun das seit so langer Zeit erwartete Gesetz über den wöchentlichen Ruhetag vom Senat und der Kammer angenommen worden, wodurch diese Forderung gesetzlich festgelegt wird. In Paris werden die Friseurgehilfen je nach der Stadtgegend (und somit der Kundschaft), als Ruhetag den Sonntag oder aber Montag oder Dienstag haben; über den Wochentag ist noch keine Einigung erfolgt. Die Lederarbeiter in Paris erlangten den Zehnstundentag (anstatt 12), Beseitigung der Sonntagsarbeit, $1\frac{1}{2}$ Stunden Mittagspause, Beseitigung des Zwischenmeisterstems, wöchentliche Lohnauszahlung. Auch in den Provinzstädten erlangten einzelne Arbeiterkategorien kleine Vorteile, sei es nun eine Verkürzung der Arbeitszeit oder eine geringe Lohnerhöhung, so 500 bis 600 Weißgerber in Grenoble den Neunstundentag (anstatt $10\frac{1}{2}$ und 11 Stunden) bei gleichem Lohne. In Romans die Gerber 25 Centimes mehr per Tag; die Weißgerber in Annonay 9 Stunden und 5 Frks. Lohn (anstatt 4,50 Frks.), die Klempner in Lyon eine Lohnerhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit. In Toulon erhalten die Straßenseher jetzt 50 Centimes per Tag mehr, die Frauen 25 Centimes. In den Gasfabriken erzielten die Heizler 8 Stunden, das übrige Personal 9 Stunden usw. usw.

Die Kunstgärtner von Paris und Umgegend, deren Streik Ende März in einem sehr günstigen Moment begann und am 5. April endigte, erzielten eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 13, 15 und

16 Stunden auf 10 und 12 Stunden und bedeutende Lohnaufbesserungen.

Die Erdarbeiter usw., deren Streik auch so lange andauerte, erzielten schließlich vom Bureau des Stadtrates und dem Seine-Präfekten das formelle Versprechen, daß die Forderung des Achtstundentages ohne Lohnabzug in die neuen Arbeitskontrakte aufgenommen würde. Die Maurer hatten nur vereinzelte Erfolge aufzuweisen. Hoffentlich wird dem nächsten Gewerkschaftskongreß in Amiens, im September, ausführlicheres Material über die Resultate der letzten Bewegung vorgelegt werden.

Wir sagten schon, daß die Buchdrucker bei ihren Kämpfen am besten abgeschnitten hätten. Während von den 163 Sektionen einige zwanzig sich an der Bewegung nicht beteiligten, wurde der Neunstundentag mit gleichem Lohne resp. Erhöhung des Stundenlohnes in über 100 Sektionen durchgeführt und zwar meistens ohne Streik; in Marseille unterlagen die Arbeiter beim Streik. In Lille und einigen Nachbarstädten erzielte man nur die Verminderung der Arbeitszeit von 60 auf $57\frac{1}{2}$ Stunden wöchentlich bei gleichem Lohne. In Paris hatte man neun Stunden, die Erhöhung des Stundenlohnes von 65 auf 80 Cent. und des Tausendpreises von 65 auf 76 Cent. usw. verlangt; diese Forderungen wurden für etwa 2000 Sezer durchgesetzt (die Zeitungsetzer arbeiteten schon zu besseren Bedingungen und beteiligten sich nicht an der Bewegung), indessen bleiben noch etwa 600 Opfer des Streiks zurück, die noch weiter zu unterstützen sind und zwar bis zum Herbst, wo die Arbeit wieder flotter geht. Die arbeitenden Sezer zahlen 10 Prozent ihres Lohnes als Streikbeitrag und zwar schon von April ab; vom 15. Juli ab werden diese Beträge aber als rückzahlbar gebucht. Nach der für die ersten 13 Streikwochen der Pariser Buchdrucker schon jetzt gelieferten Abrechnung betrug die höchste Zahl der Streikenden (in der 2. Woche) 2221, und zwar 1488 organisierte Sezer, 410 nicht organisierte, 249 Sezerinnen, 67 Lehrlinge, sowie 5 organisierte und 2 nicht organisierte Korrektoren; die Gesamtsumme der Unterstützung belief sich für diese Woche auf 39 417,05 Fr. Die Streikunterstützung in Paris betrug: für Mitglieder 24 Franken pro Woche (19,20 Mark), für Nichtmitglieder und Sezerinnen 12 Fr. (9,60 Mark) und für Lehrlinge 6 Fr. Wenn man die Ausgaben für einen am 19. März zu frühzeitig ausgebrochenen Streik in Ellich bei Paris hinzurechnet (273 zu unterstützende), so ergibt sich für die Buchdruckerstreiks in Paris und Umgegend eine Gesamtausgabe von 344 555,25 Fr. Diese Summen unterscheiden sich in vorteilhafter Weise von den für die Streiks in anderen Gerufen ausgegebenen. Die Drucker und Maschinenmeister, sowie das Hilfspersonal verlangten nur wenig, weil sie wegen Mangel an Mitteln den Kampf abbrechen mußten, obgleich ihnen die Sezerorganisation mehrfach mit größeren Summen aushalf.

Das internationale Buchdrucker-Sekretariat unterstützte die französischen Buchdrucker mit einer Summe von etwa 160 000 Franken (wozu Deutschland etwa 74 000 Fr. und Oesterreich etwa 27 000 Fr. lieferte).

Ein Verdienst kann man dem in Bourges gefaßten Beschluß nicht absprechen und zwar, eine ziemliche Masse der französischen Arbeiter in Bewegung gebracht und genötigt zu haben, sich mehr als bisher mit ihrer Lage zu befassen und mit den Mitteln, sie zu verbessern. Die Erstarkung der Unternehmerorganisationen wird übrigens auf ihr Teil dazu beitragen, das Interesse der Arbeiter wach zu

bezogene Redakteur des „L'Italiano in Germania“, Dr. Valente, entging diesem Schicksal nicht. Nur dort, wo die christlichen Gewerkschaften gegen die freien Gewerkschaften kämpften, erfreuten sie sich ausgiebiger behördlicher Unterstützung.

So standen die christlichen Gewerkschaften, als sie am 22. Juli in Breslau zu ihrem sechsten Kongreß zusammentraten, gewissermaßen am Scheidewege. Die bedeutenden, für Streik verausgabten Mittel, das lebhafteste Verlangen ihrer Mitglieder nach wirtschaftlicher Besserung, die behördlichen Vergewaltigungen, der Haß der Scharfmacher, das alles wies sie auf den Weg des Klassenkampfes hin. Aber dieser Weg führte ins Lager der großen freien Gewerkschaftsbewegung, gegen die man einen künstlichen Haß der Mitglieder gebliffentlich genährt hatte, — er führte zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die das Aufgeben der christlichen Sonderbündelerei voraussetzte. Der andere Weg war der der feierlichen Verleugnung des Klassenkampfes, der Degradation zu einer bürgerlichen Schutztruppe unter christlich-nationaler Standarte. Sie haben den letzteren Weg gewählt und die offiziellen Repräsentanten der bürgerlichen Gesellschaft beilieten sich, die neuen Bundesgenossen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie am Eröffnungsabend offiziell zu begrüßen. Der Vertreter des Regierungspräsidenten befandete das lebhafteste Interesse an der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften; der Vertreter des Polizeipräsidenten erklärte, den ausdrücklichen Auftrag zu haben, darauf hinzuweisen, daß den christlichen Gewerkschaften die Unterstützung der Polizei überall gesichert werde, wo ihre Interessen deren Wirkungskreis berührten. Diese wenig verblühte Pointierung des Arbeitswilligenschutzes stieß nicht etwa auf peinliches Schweigen, sondern weckte begeisterten Beifall. Jeder Gedanke an die abgeschlagene Hand Biewalds, des Opfers der Formerkämpfe, schien völlig ausgetilgt, sonst hätten wenigstens die Hände der Vergessenen — Arbeiterhände —, die dem verantwortlichen Vertreter der noch immer ungeführten Gewalttat Beifall klatschten, den zukenden Schmerz der durchschnittenen Sehnen empfinden müssen! — Der Vertreter des Oberbürgermeisters wagte es danach sogar, das vorbildliche Wirken des Magistrats der Stadt Breslau als Arbeitgeber anderen Städten gegenüber hervorzuheben und das Recht der Arbeiter auf Erstrebung von Reformen gutzuheißen, nur dürften sie nicht umstürzlerisch, sondern maßvoll vorgehen. Er beglückwünschte die christlichen Gewerkschaften ob ihres maßvollen Verhaltens und wünschte ihnen speziell zu ihrem Eindringen in die städtische Arbeiterschaft Breslaus besten Erfolg. Und schließlich gab ihnen der Vertreter des Oberpräsidenten aufs deutlichste zu verstehen, daß das Ziel der christlichen Gewerkschaften das der Ausschöpfung und Ausgleichung widerstrebender Interessen sein müsse. Und wieder folgte begeisterter Beifall.

Dieses Liebeswerben blieb nicht erfolglos. Es war der Vorsitzende des christlichen Gesamtverbandes selbst, Herr Schiffers-Arefeld, der die ernstgemeinten Komplimente der geladenen Ehrengäste ebenso ernst entgegennahm mit der Erklärung, die christlichen Gewerkschaften erstrebten den sozialen Frieden, nur müsse es ein Frieden sein, der den sozialen Anforderungen gerecht werde. Die christlichen Gewerkschaften hätten auch Anspruch auf die Unterstützung des Staates, denn sie

seien eine christliche und nationale Bewegung; ihre Bestrebungen seien staats-erhaltend und dienten dem Wohle des Staates. Er schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, das die Begeisterung zu ihrem Gipfelpunkt erhob. Die darauf folgende offizielle Festrede des Gewerkschaftssekretärs Bergmann-München war auf den gleichen Grundton gestimmt: christliche Ideale, nationales Bewußtsein, begeisterte Vaterlandsliebe, — Kampf gegen die Sozialdemokratie, die den christlichen Gewerkschaften die Gleichberechtigung versage, — nirgends aber ein Hinweis auf die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften als ein Teil der Arbeiterklasse, auf das Elend der Arbeitermassen, auf die Wege und Ziele der Beseitigung dieses Elends, nirgends mehr ein Funke von Klassenbewußtsein, der noch vor drei Jahren auf dem Frankfurter Arbeiterkongreß die Pläne der Umsturzbekämpfer über den Haufen warf. Damals rief ein Sieberts ihnen noch zu: „Wir müssen mehr Klassenbewußtsein haben, damit man mehr Respekt vor uns bekommt. Mit der Sozialdemokratie mögen die fertig werden, die sie großgezogen haben. Wir sind in erster Linie Arbeiter und erblicken in jedem Arbeiter unseren Klassen-genossen. Wir empfinden als Klassen-genossen und müssen praktisch arbeiten, um den Einwand zu beseitigen, daß nur die Sozialdemokratie unsere Forderungen erhebe.“ Heute, wo die christlichen Gewerkschaften die Polizei zum Kampfe gegen die freien Gewerkschaften als Bundesgenossen anrufen und einen erbitterten Kampf gegen ihre nächsten christlichen Glaubensgenossen aus den katholischen Fachabteilungen führen, ist das Wort Klassenbewußtsein selbst aus dem Erinnerungsbüchlein der christlichen Führer verschwunden. Ein bürgerlicher Sozialpolitiker, Professor Sombart, mußte sie zur Scham rufen, sie mahnen, daß es nicht so sehr auf die Betonung des „christlich“ und „national“ ankäme, das mit der Gewerkschaftsbewegung an sich nichts zu tun habe, sondern dessen eingedenk zu sein, daß sie in erster Linie eine Arbeiterbewegung seien, als Arbeiter zu fühlen, handeln und ihre Arbeiterinteressen zu vertreten. Er halte es für ein außerordentliches Unglück für die deutsche Nation, vor allem aber für die Arbeiterwelt, daß die Gewerkschaftsbewegung in mehreren sich bekämpfenden Gruppen gespalten sei. Gewiß vertreten die christlichen Arbeiter eine besondere Weltanschauung, aber die der sozialdemokratischen Arbeiter sei eine ebenso ideale wie die christliche. Die Weltanschauung habe mit der Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun; sie sei für die dort vertretenen Fragen völlig gleichgültig. Nötwendig sei eine einheitliche Arbeiterbewegung, die innerhalb der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung für die Interessen der Arbeiter eintrete. Eine besondere christlich-nationale Arbeiterorganisation sei ebenso naturwidrig, wie etwa eine christlich-nationale Handelskammer. Die Arbeiter sollten zunächst ihre Interessen, die sie als Klasse haben, vertreten und sich nicht durch die verschiedenen politischen oder religiösen Ansichten daran hindern lassen. Das Hineintragen von Dingen in die Gewerkschaftsbewegung, die nicht hineingehören, sei bedauerlich.

Die Versammlung nahm diese Zurechtweisungen mit sehr geteilten Empfindungen auf, bei denen die

Unruhe derart überwog, daß es Sombart für ratsam hielt, den christlichen Gewerkschaften als höflicher Mann auch einige Worte der Anerkennung zu sagen. Und so erzählte er ihnen, daß die Gewerkschaftschriften an der Organisationszersplitterung eigentlich ganz unschuldig seien, daß die freien Gewerkschaften schon vom sozialdemokratischen Geist beherrscht waren, daß in diesen kein Platz für solche war, die auf christlich-nationalem Boden stehen und die letzteren deshalb andere Wege gehen mußten, und daß die christlichen Gewerkschaften jetzt um ihre Gleichberechtigung kämpfen, sich zu einer Macht entwickeln müßten, mit der die übrigen zu rechnen hätten. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß trotz der Trennung der Arbeiter in mehrere Lager, die schon soweit gediehen sei, daß der Arbeiter im Arbeiter den schlimmeren Feind erblicke, als im Arbeitgeber, eine neutrale Arbeiterbewegung nach englischem Vorbild sich entwickeln werde.

Das klang alles recht höflich und entschuldigend, aber keineswegs überzeugend und vermochte das bittere Nachgefühl der scharfen Kritik der einleitenden Ausführungen nicht hinwegzubringen. Wohl hob es aber einen guten Teil der kritischen Wirkung selbst auf und ließ die widersprechendsten Urteile über die eigenartige Logik Sombarts zurück, die sich darin gefällt, im Gedankenspiel umzustößen, was sie selbst vorher aufgebracht hat. Kann man es den christlichen Gewerkschaften verdenken, wenn sie den Mann nicht mehr ernst nehmen? Es ist das Verhängnis Sombarts, daß er sich gern reden hört, selbst in Kreisen, denen er gegenübersteht, daß er mit seinen Gegnern gleichsam spielt, um ihnen dann zu versichern, daß sie eigentlich die prächtigsten Kameraden der Welt seien. Die Arbeiterbewegung ist aber kein Sportplatz, sondern ein Kampfesfeld, dem man besser fernbleibt, wenn man Bedenken trägt, sich konsequent für oder gegen eine der Kampfsparteien zu entscheiden.

Nicht unerwähnt mag bleiben, daß am zweiten Verhandlungstag der Oberpräsident der Provinz Schlesien in eigener Person auf dem Kongreß erschien, um das höhere Interesse der Staatsregierung an diesen Beratungen besonders zu bekunden. Er hielt eine kurze aber bezeichnende Ansprache, in der er es als eine der ersten Pflichten des Verwaltungsbeamten erklärte, daß er die lebendigen Strömungen im Volksleben selbst kennen lerne und aus ihnen zu lernen suche. Diese moralische Korrektur der gewohnten ministeriellen Absagen an Arbeiterkongresse wegen Zeitmangels machte Eindruck und erweckte riesige Begeisterung. Dieser Ausdruck des Pflichtgefühls war freilich nur von kurzer Dauer, denn wenige Minuten später verabschiedete sich der Herr mit dem Bedauern, daß er leider auch keine Zeit mehr habe. Den christlichen Kongreß ließ er indes in begeisterter Stimmung zurück. Ihm hatte die Sonne der Regierungsgnade gestrahlt, — nun kann es an nichts mehr fehlen!

Die Verhandlungen wurden eingeleitet vom Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes, den der Generalsekretär Stegerwald-Köln erstattete. Er hob das Wachstum der christlichen Gewerkschaften an Mitgliedern und finanzieller Leistungsfähigkeit hervor. Die Beiträge ständen hinter denen der Konkurrenzorganisationen nicht mehr zurück. (?) In den wichtigsten Industriegebieten, am Rhein, an der Saar, könnten große Aktionen auf wirtschaftlichem Gebiete ohne die christlichen Organi-

sationen nicht mehr unternommen werden. In Oberschlesien hindere nur der unselige Kampf mit den katholischen Fachabteilungen die gleiche Position. Wenn das Scharfmachertum die christlichen Gewerkschaften für weit schlimmer als die freien erklärt, so beweise das, daß sie auf dem richtigen Wege seien. Die freien Gewerkschaften seien den Scharfmachern eben näher verwandt. Die Stellung zu den freien Gewerkschaften kennzeichnete er durch die Ansage eines rücksichtslosen Kampfes, selbst gegen Arbeitsgenossen, überall dort, wo man die christlichen ignorierte. Wo ein Kampf nicht gerechtfertigt erschienen sei, hätten sie es abgelehnt, ihm Folge zu leisten. Die Stellung zum Buchdruckerverband werde in der Zukunft geändert werden müssen. Die bisherige Protektion desselben sei schon aus Selbsterhaltungsgründen nicht mehr am Platze. Seit Döblin in die Generalkommission eingetreten, habe dieser Verband eine Schwentung nach links vollzogen und nach dem Jenaer Parteitag sei sogar Reghäuser aus der Redaktion des „Corr.“ verschwunden, nachdem er einige scharfe Artikel gegen den Massenstreik gebracht habe. Jetzt bekämpfe der „Corr.“ die christlichen Gewerkschaften genau so wie jedes andere Gewerkschaftsblatt. Im Weiteren teilte der Redner mit, daß die Arbeitslosenunterstützung bereits von 9 christlichen Organisationen mit etwa 140 000 Mitgliedern eingeführt sei; von den größeren Verbänden hätten nur die Textilarbeiter und Bauhandwerker diesen Schritt aufgeschoben. Die kürzlich vom Handelsminister Delbrück im preußischen Herrenhause an den christlichen Gewerkschaften geübte Kritik bedauerte Redner im Interesse der Regierung selbst. Diese Rede werde von den Sozialdemokraten in einer Weise ausgenutzt, mit der der Minister schwerlich einverstanden sein werde. Vor allem beklagte er sich über die behördlichen Schwierigkeiten, die den christlichen Gewerkschaften in verschiedenen Landesteilen gemacht würden. Der Gesamtverband habe den seit 12 Jahren als Redakteur tätigen Dr. Valente aus Italien zum besonderen Zwecke der Agitation unter den italienischen Arbeitern angestellt. Der Mann sei in seiner bisherigen Laufbahn noch nie mit einer Regierung in Konflikt gekommen, worüber man die allerjüngstigen Erkundigungen eingezogen habe. Trotzdem habe man ihn jetzt als lästigen Ausländer aus Preußen ausgewiesen. — Eine Regelung schwebender Grenzstreitigkeitsfragen solle auf einer besonderen nicht öffentlichen Konferenz am 26. Juli herbeigeführt werden. Der Redner appellierte am Schluß seiner Ausführungen an die bürgerliche Gesellschaft und an die Behörden, die Tatsache, daß für eine christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung ein Boden vorhanden sei, nicht aus dem Auge zu lassen. Die christlichen Gewerkschaften wollten nicht beborzogen sein, sondern verlangen eine gerechte Behandlung. Die Scharfmacher dagegen sollten sich mit der Gewerkschaftsbewegung als einer Tatsache abfinden, gegen die alle Scharfmacherei nichts nütze.

Die Debatte des Geschäftsberichtes erstreckte sich in der Hauptsache auf die durch die behördlichen Ausweisungen berührte Ausländerfrage, sowie auf den Kampf gegen die katholischen Fachabteilungen. Eine Reihe von Rednern trugen trasse Fälle solcher Ausweisungen vor. Ein Holländer, der 16 Jahre in Deutschland gewohnt, mußte binnen zwei Stunden Preußen verlassen, ohne Abschied von seiner

sich nicht an den kommunalen Wahlen aktiv beteiligen, müssen sich vielmehr von allen parteipolitischen Aktionen streng fernhalten. Von den Ortskartellen wird erwartet, daß dieselben bei der Durchführung ihrer Aufgaben und in der Zusammensetzung seitens der einzelnen Berufsgruppen in loyalster Weise verfahren. Es ist namentlich darauf zu achten, daß nicht so sehr Majoritätsbeschlüsse herbeigeführt, sondern der Weg der Verständigung gewählt wird.

In allen strittigen Fällen sind die Kartelle gehalten, eine Direktive des Vorstandes des Gesamtverbandes einzuholen. (Schluß folgt.)

Mitteilungen.

In eigener Sache.

Durch irrtümliche Berichterstattung bürgerlicher Blätter veranlaßt, hat ein Teil der Arbeiterpresse mitgeteilt, daß die Generalkommission sich auf dem 6. Kongresse der christlichen Gewerkschaften zu Breslau habe vertreten lassen. Die Frankfurter Zeitung findet sogar, daß dies das erste Mal geschehen sei, und legt diesem Vorgange eine symptomatische Bedeutung bei. Wir fühlen uns verpflichtet, ihr diese Illusion zu zerstören durch die Feststellung der einfachen Tatsache, daß nicht die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, sondern lediglich die Redaktion des Correspondenzblattes auf dem sechsten Kongress zum Zweck der Information und Berichterstattung vertreten war, und daß dieser Vorgang sich auf jedem der bisher stattgefundenen christlichen Kongresse wiederholt hat. Unsere Leser können mit Recht verlangen, daß unsere Berichterstattung über diese gegnerischen Kongresse, soweit es irgend möglich ist, aus eigener Anschauung und nicht auf Grund unzuverlässiger Presseberichte erfolgt. Deshalb war unsere Redaktion auf allen bisherigen christlichen Kongressen vertreten und wird dies auch in Zukunft sein.

Die Redaktion des Corr.-Blattes.

Arbeitersekretär gesucht.

Für das Arbeitersekretariat Magdeburg wird zum 1. Oktober cr. ein tüchtiger, eingearbeiteter Arbeitersekretär gesucht. Bewerber wollen ihre Offerte unter Angabe der Gehaltsansprüche, der bisherigen Tätigkeit und der Organisationszugehörigkeit bis 20. August cr. an Wilh. Großkopf, Magdeburg, Pfälzerstr. 13, Hof I., einsenden.

Gewerkschaftskartell Magdeburg.

Quittung

über die im Monat Juli bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. d. Blumen u. Blätterarb. für 1905	76,— M.
" " Asphaltreure	91,— "
" " Maler	für 4. Qu. 05 1313,28 "
" " Steinarbeiter	" 4. " 05 "
" " Gärtner	u. 1. Du. 06 1200,— "
" " Zimmerer	für 1. Du. 06 160,— "
" " Handels- u. Transportarbeiter	" 1. " 06 2000,— "
" " Schmiede	für 1. Quartal 06 1690,— "
" " Brauereiarb.	" 1. " 06 549,04 "
" " Bildhauer	" 2. " 06 841,12 "
" " Formstecher	" 2. " 06 179,45 "
" " Barbier	" 2. " 06 20,80 "
" " "	" 2. " 06 40,— "

An Unterstützungsgeldern gingen ein während der Zeit vom 14.—31. Juli:

1. Für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker.

a) Von den Centralvorständen:

Bergarbeiter 1000,—, Zigarrensortierer 150,—, Elf-Lothrg. Buchdrucker 50,—, Kupferschmiede 250,—, Metallarbeiter 2500,—, Maschinenisten und Heizer 250,—, Holzarbeiter 6000,— M.

b) Von den Gewerkschaftskartellen:

Berlin 9000,—, Charlottenburg 350,—, Schiffbed 300,—, Mannheim 300,—, Schönberg i. M. 35,—, Müstau i. L. 20,—, Bieren Rhl. 33,—, Arnstadt i. Th. 100,—, Ritzdorf 508,—, Raumburg a. S. 100,—, Bonn 52,—, Augsburg 77,—, Fürstenwalde 25,—, Quedlinburg 35,—, Rogwein 10,—, Trier 26,70, Schweningen 50,—, Begefac 50,—, Memmingen 16,—, Essen a. Ruhr 238,20, Bünde i. W. 318,75, Bunzlau 174,45, Mainz 350,—, Liegnitz 100,—, Breslau 900,—, München 1100,—, Crimmitschau 900,—, Hannover 700,—, Erfurt 170,—, Hamburg 3600,—, Magdeburg 650,—, Dessau 90,—, Spandau 96,—, Burgstädt 48,—, Tönning 84,25, Pöbneck 36,—, Seligenstadt 16,75, Wolfenbüttel 53,70, Gr.-Lichterfelde 100,—, Verden a. L. 25,35, Hann.-Münden 25,—, Schmiedeberg 10,—, Kaufbeuren 60,—, Rastatt 127,80, Kirchhain 52,40, Fetschhain 50,—, Hilden 10,—, Lörrach 20,—, Eberstadt 10,—, Leipzig 3000,—, Hennigsdorf i. M. 27,15, Schwab.-Hall 26,—, Werder a. S. 55,—, Schwabach 25,—, Schorndorf i. W. 30,—, Bedel i. S. 53,70, Zeitz 100,—, Ottendorf-Trilla 20,—, Mühlheim a. Rh. 80,—, Warburg 30,—, St. Johann 39,70, Stendal 50,—, Grimma 20,—, Wandsbek 165,—, Neu-Tsenburg 30,—, Detmold 83,35, Ansbach 35,—, Zeulenroda 50,—, Gießen 50,—, Osterwick a. S. 25,55, Schweidnitz 90,35, Gufum 67,—, Tuttlingen 35,—, Wilhelmshagen 200,—, Peterow 35,—, Glückstadt 60,40, Luda 43,—, Coburg 40,40, Bernburg 33,—, Königshütte 17,35, Gebweiler 12,—, Worms a. Rh. 80,—, Barmstedt 20,—, Bremerhaven 500,—, Kellinghufen 10,—, Wolgast 15,40, Nürnberg 1000,—, Bremen 240,—, Frankenhäusen 13,35, Freiburg i. Schl. 42,45, Traunstein 12,—, Genthin 11,—, Münster i. W. 35,—, Rughaven 25,—, Al. Steinheim b. Dffbg. 20,—, Bamberg 20,—, Chemnitz 400,—, Dietrichsdorf 70,—, Neugersdorf i. S. 50,—, Bunziedel 26,85, Cöthen 38,—, Riel 100,—, Glogau 25,—, Stuttgart 800,—, Dresden 450,—, Bielefeld 100,—, Eßlingen 50,—, Straubing 50,—, Hamm i. W. 50,—, Lindau i. B. 10,—, Arheilgen 10,—, Offenburg i. B. 33,35, Garburg 100,—, Darmstadt 75,—, Gera-Neuß 100,—, Frankfurt a. M. 400,—, Mühlheim a. M. 80,—, Waldshut i. B. 13,85, Bergedorf 200,—, Aschaffenburg 20,—, Bant-Wilhelmshaven 100,—, Weimar 24,30, Rathenow 100,—, Crefeld 50,—, Celle 10,05, Bregenheim 5,—, Kl.-Auheim 25,—, Bruchsal i. B. 10,—, Potsdam 331,70, Halberstadt 155,—, Bernau 25,—, Beplar 25,—, Südenscheid 12,—, Oberhausen 8,30, Eisenach 45,80, Görlich 50,—, Löwenberg 63,28, Steglitz 100,—, Löbau i. S. 30,—, Neumünster 195,—, Braunschweig 200,—, Offenbach a. M. 75,—, Heusenstamm 15,40, Stettin 350,—.

c) Ortsverwaltungen der Centralverbände.

Baugewerkl. Hilfsarbeiter: Mülln i. B. 6,—, Jena 5,—; Böttcher: Schwerin i. M. 5,—; Buchdrucker: Spandau 24,85, Neubabelsberg 38,80, Melle 30,—, Kempen a. Rh. 15,—, Marktenkirchen 4,—, Hannover 100,—, Trier 29,50, Cleve 16,80, Bad Nauheim 20,—, Schleswig 5,—, Buzgen 15, Neurode 22,—, Hof 10,—, Köslin 7,—, Stettin-Odergau 100,—, Flensburg 20,—.

Familie nehmen zu können, weil er holländische Arbeiter vor der Lohnrückerei warnte. Ein Amtsvorsteher erklärte, der Staat habe die Pflicht, die von den Unternehmern mit großem Geldaufwand herangeholten ausländischen Arbeitskräfte zu schützen, selbst wenn es Streikbrecher seien. Uebrigens würden nur solche Ausländer als lästig betrachtet, die sich weigern, die Interessen ihrer Arbeitskameraden mit Füßen zu treten. Ausländische Streikbrecher würden ebenso geschützt, wie ausländische Unternehmer. Die Arbeiter hätten zu verlangen, daß diejenigen Ausländer, die Millionen deutscher Arbeiter durch Streikbruch schädigten, in erster Linie ausgewiesen werden. Weshalb lege man nicht auch auf ausländisches Menschenfleisch einen Zoll von 20 Mark pro Zentner, um die nationale Arbeitskraft zu schützen? Hinsichtlich der katholischen Fachabteilungen schildern mehrere Redner die heftigen Kämpfe, welche von jener Seite gegen die christlich-interkonfessionelle Organisation im Saarrevier, in Posen und in Oberschlesien geführt werde. Nach Posen habe die Berliner Leitung der Fachabteilungen 50 Maurer als Streikbrecher geschickt und ein Pfarrer habe erklärt, er dulde nur die Zugehörigkeit zum katholischen Fachverband. Das wurde als ein Verbrechen an der Arbeitersache gekennzeichnet. Andererseits beklagte man sich an der mangelnden Interessenvertretung der christlichen Gewerkschaften. Während die freien Gewerkschaften die sozialdemokratische Presse zur Seite hätte und im Reichstag eine energische Vertretung fänden, nehme sich die bürgerliche Presse der christlichen Gewerkschaften so wenig an, daß es ein Skandal sei. Nur wenn Reichstagswahlen bevorstünden, gedente man der nationalen Arbeiter. Im Schlußwort kennzeichnete Herr Stegerwald die katholischen Fachabteilungen als gehässige Gegner der christlichen Gewerkschaften und verlangte, daß der Staat, der den Unternehmer schütze, wenn er ausländische Arbeiter heranhole, auch die Arbeiter schützen müsse, wenn sie diese Ausländer organisieren.

Es wurde beschlossen, die Ausländerfrage auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen. Eine Reihe von Anträgen wurden dem Ausschuß des Gesamtverbandes zur Erledigung, bezw. zur Prüfung überwiesen, so ein solcher zwecks besserer Fühlungnahme mit den christlichen Gewerkschaften der Schweiz, ein anderer betr. Protest an den Reichstag gegen den Tarif und Arbeitsnachweis der Chemigraben und Kupferdrucker wegen des dadurch bewirkten Organisationszwanges, und gegen die „Vergewaltigung des Senefelderbundes“, (?) weiter ein solcher betreffend die Preisgabe der bisherigen Referate gegen den Buchdruckerverband und Einleitung einer intensiven Agitation, um alle christlichen Setzer, Drucker usw. dem christlichen Verbands für das graphische Gewerbe zuzuführen, ferner die Gründung christlicher Organisationen für Brauer und Mälzer, Barbier, Handlungs- und Ladengehilfen, Bureauangestellte, Hotel- und Gastwirtschaftsangestellte, sowie Gemeindegewerkschaften und häusliche Diensthoten. Dasselbe geschieht mit den Wünschen nach Herausgabe von Flugblättern und Broschüren gegen die Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsrichtung im Besonderen, so-

wie in Bezug auf alle gegnerischen Gewerkschaftsrichtungen im allgemeinen und über die Notwendigkeit einer Organisation auf christlich-nationaler Grundlage. Das arbeiterschädigende Gebaren der katholischen Fachabteilungen soll durch Flugblätter gekennzeichnet werden. Einige Anträge auf Anstellung von Beamten und Einführung von Staffelbeiträgen in den Gewerkschaften werden den Verbänden überwiesen.

An zweiter Stelle beschäftigte sich der Kongress mit der Betätigung der Ortskartelle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Das Referat hielt Herr Rloft, Angestellter des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes in Essen, dessen weitreichende Vorschläge vielfach auf starken Widerspruch stießen, weil sie teils die geringen, den Kartellen verfügbaren Mittel nicht berücksichtigten, teils ihnen Aufgaben zuwiesen, die sie mit den Verbänden in Konflikt bringen mußten, so z. B. die Ergreifung organisatorischer und taktischer Maßnahmen bei Lohnbewegungen, die Betätigung auf dem Gebiete der Kommunalpolitik usw. Auch schlug er neben den Ortskartellen die Bildung von Bezirkskartellen vor, ohne deren Bereich genügend abzugrenzen. Seine Resolution wurde deshalb einer Kommission überwiesen und am letzten Tage in folgender Fassung angenommen:

„Der Kongress“ erkennt in den Kartellen sehr wichtige Institutionen für die gemeinsam zu erstrebenden Interessen der christlichen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen eines Ortes oder Bezirkes. Die Kartelle müssen sich indes anlegen sein lassen, ihre Tätigkeit auf solche Gebiete zu beschränken, die Kompetenztreitigkeiten mit den einzelnen Centralverbänden und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ausschließen.

Als Aufgaben der Kartelle sind u. a. anzustreben: eine planmäßige einheitliche Agitation unter Mitwirkung der Gau- und Bezirksleitungen der jeweilig in Betracht kommenden Verbände; Erhaltung und Stärkung der bestehenden, sowie Gründung neuer Zahlstellen; Ratschläge in taktischer und organisatorischer Beziehung bei Bewegungen; Förderung des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens; Vornahme wichtiger Statistiken und Pflege des Rechtsschutzes; Verkehr mit den gewerblichen Aufsichtsbeamten; gründliche Vorarbeiten und Beteiligung an allen sozialen Bahnen; Betätigung auf dem Gebiete der sozialen Kommunalpolitik; Bildung und Erziehung der angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder durch Errichtung von Unterrichtskursen, Einrichtung von Lesezimmern und Vertrieb von geeigneten sozialen Schriften; Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden; die Tagespresse der Gesamtbewegung dienftbar zu machen usw.

Im Interesse einer einheitlichen Arbeit ist in größeren Industrievierteln, namentlich bei Großstädten und deren Vororten nach Möglichkeit die Bildung von Bezirkskartellen vorzunehmen, in deren Geltungsbereich an einzelnen Orten Agitationskommissionen gebildet werden können.

Des ferneren ist die Anstellung von Kartellbeamten, wo eben angängig, anzustreben.

Alle Ortsgruppen von Verbänden, welche dem Gesamtverbande angeschlossen sind, haben die Verpflichtung, den Orts- oder Bezirkskartellen anzugehören, falls letztere sich in den von den Kongressen der christlichen Gewerkschaften zugewiesenen Aufgaben bewegen und sind die Beiträge zu den Kartellen als Pflichtbeiträge zu betrachten. Ausnahmen sind nur in besonderen Fällen und im Einvernehmen mit dem Vorstand des Gesamtverbandes zulässig.

Die Regelung von Grenztreitigkeiten, Herausgabe von Sammellisten, Ausschluß von Mitgliedern, wie auch Entscheidungen über Lohnbewegungen, als auch die hierbei zu beachtende Taktik gehöre nicht zur Kompetenz der Kartelle, sondern sind ausschließliches Recht der einzelnen Centralverbände bezw. Ausschuß des Gesamtverbandes. Gemeinsam mit größeren Ausgaben verbundene Kartellkonferenzen dürfen nur im Einverständnis mit dem Vorstand des Gesamtverbandes bezw. Gau- und Bezirksleiters der einzelnen Verbände stattfinden. Auch dürfen die Kartelle als solche